

Bezugspreis:

Einzelheft 10 Pf. — Monatlich 30 Pf. — Vierteljährlich 1.00 Pf. — Halbjährlich 1.80 Pf. — Jährlich 3.20 Pf. — Ausland 4.00 Pf. — Postgebühren sind an den Verleger zu zahlen.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 25. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Briand warnt vor Isolierung.

Briand hat gestern in der Kammer seine große Verteidigungsrede gehalten. Er hat den Sturm der Nationalisten zu besänftigen gesucht, indem er die Zuteilung des gesamten Bergwerksbezirks von Oberschlesien an Polen durch den Obersten Rat in Aussicht stellte...

Briand hat daran erinnert, daß die Macher des Friedensvertrags von Versailles ganz Oberschlesien ohne Abstimmung an Polen geben wollten, und er war unvorsichtig genug, zu erklären, daß die nachträglich von der deutschen Regierung durchgeführte Abänderung, die eine allgemeine Volksabstimmung verordnete, den polnischen Interessen widersprach...

Jetzt weiß sich Briand zu helfen, indem er die 180 000 Stimmen der nicht in Oberschlesien ansässigen Oberschlesier für nichtig oder doch minderwertig erklärt. Auf diese Weise kommt er dazu, zu behaupten, daß sich der ganze Bergwerksbezirk für Polen ausgesprochen habe und daher auch zu Polen zuzuschlagen sei...

Auch Briand weiß, daß starken deutschen Volksteilen durch den Vertrag von Versailles das Schicksal zuteil geworden ist, das der ursprüngliche Vertrag den Oberschlesiern zugebacht hatte. Sie sind gegen ihren Willen fremden Staaten zugeteilt und aus der politischen Gemeinschaft des deutschen Volkes ausgeschlossen worden...

Daß er mit dieser Auffassung gegenüber der anderen Englands und Italiens durchdringen wird, läßt sich nach der bisherigen Entwicklung der Dinge nicht ohne weiteres annehmen. Aber die Hoffnung darauf benutzt er als Bindemittel, um die in der Entente entstandenen Risse wieder zu kitten.

Um dem Treiben der annexionistischen Vagabunden zu begegnen, die ohne Rücksicht auf den Zusammenhalt der Entente jeden Vorwand zu einem Ueberfall auf das Ruhrrevier benutzen möchten, hat Herr Briand über den aufrichtigen guten Willen der neuen deutschen Regierung einige artige Worte gesagt. Aber er hat die gute Wirkung, die diese Worte in Deutschland haben konnten, wieder damit verdorben, daß er mit Rücksicht auf die Stimmung der Kammer für einen nicht eingetretenen Eventualfall gleich wieder zu Drohungen überging...

Briand, der mit Drohungen gegen Deutschland operieren zu müssen glaubte, obwohl er im gleichen Atemzug Deutschlands aufrichtige Absichten anerkannte, hat kein Wort des Tadelns gegen die polnischen Insurgenten gefunden. Er hat es vorgezogen, sich um den Kern der Frage herumzudrücken, indem er erklärt, wenn die Gerechtigkeit einziehe, werde auch die Anarchie ein Ende nehmen...

zu glauben, daß damit die „Gerechtigkeit“ in Oberschlesien eingezogen sei. In Frankreich ist sie es jedenfalls noch nicht. So zeigt die Rede Briands, wie große Zugeständnisse ein französischer Ministerpräsident an den Ungeist des Nationalismus machen muß, wenn er den Versuch unternimmt, sich am Ruder zu halten.

Die Stimmung der Kammer läßt einstweilen vermuten, daß Briand diesmal noch den Sieg davontragen wird. Er wird dann Gelegenheit haben, zu zeigen, wie er sein Programm der Festigkeit und der Mäßigung versteht. Was Frankreich unter Festigkeit versteht, haben wir längst gemerkt, auf die Mäßigung warten wir noch immer.

Während der Rede Briands hatten sich Tardieu und Klotz zum Worte gemeldet. Der Sturm hat noch nicht ausgetobt.

Paris, 24. Mai. (W.B.) In der heutigen Kammerstimmung wurde die Beratung über die auswärtige Politik der Regierung fortgesetzt.

Ministerpräsident Briand

erklärte, er begreife die Erregung, die sich angesichts der Ereignisse in Oberschlesien im Lande zeige. Während der Beratungen über den Friedensvertrag habe eine interalliierte Kommission die obereschlesische Frage genau geprüft. Die Arbeit habe mehrere Monate gedauert, und die Mitglieder der Kommission seien einstimmig zu dem Entschluß gekommen, Oberschlesien Polen zuzusprechen...

den Interessen Polens entgegen eine Volksabstimmung zugelassen, um das Recht Polens zu rechtfertigen. Die Polen hätten starke Gründe gehabt, zu glauben, daß Oberschlesien ihnen zufallen werde. Bei der Abstimmung aber hätten 180 000 in Oberschlesien geborene Deutsche mitgestimmt...

Die englischen und die deutschen Autoren, auch der deutsche Atlas befanden das. Oberschlesien sei vor 600 Jahren mit Gewalt zu Deutschland gekommen. Der Vertrag sage, daß die Grenzbestimmungen sich geographischen Rücksichten getroffen werden müßten. Es wäre also keine gerechte Abstimmung, wenn man eine Unterscheidung machen wollte zwischen armen und reichen Gebieten...

Die Minenbezirke Polen zugesprochen

würden und es begünstige damit Polen. Nach einem Kriege wie dem letzten habe Frankreich das Recht, gewisse Befürchtungen zu hegen. Wenn man einem Lande wie Polen das Leben gegeben habe, sei es nur natürlich, daß man auch daran denke, ihm seine Existenzmöglichkeit zu geben. Von diesem Wunsche befreit, hätten die Alliierten Polen einen Zugang zum Meere durch Preußen hindurch gesichert...

Die Entente elend sterben müsse

infolge einer Schwierigkeit wie der gegenwärtigen, dann könne nur der gute Wille fehlen und dann habe man nicht den Wunsch, die Entente aufrechtzuerhalten. Das sei nicht der Gedanke Frankreichs. (Beifall.) Er habe noch eine schwere Stunde gegenwärtig, eine dramatische Stunde der Londoner Konferenz. Damals habe es den Anschein gehabt, der Unterschied in der Auffassung zwischen Frankreich und Großbritannien sei so groß, daß es unmöglich sei, die beiden Auffassungen einander näher zu bringen...

die Militärs vielleicht nicht ganz geeignet seien, um in voller Gerechtigkeit die Bestimmungen des Vertrages zu würdigen und um eine Grenzlinie zu ziehen. Die Alliierten müßten sich nach dem Abkommen wie in allen anderen Fällen aussprechen. Die Gerechtigkeit müsse siegen, und an dem Tage, an dem die Gerechtigkeit triumphiert habe, werde Oberschlesien vor der Anarchie gerettet sein. (Beifall.) Briand spricht dann über den Ursprung der Anrechen...

und sagt, die Polen seien erregt gewesen, weil sie geglaubt hätten, sie sollten das Opfer getroffener Abkommen sein. Von London aus habe er angeordnet, daß sofort dem französischen Vertreter telegraphiert werde, daß er alles unternähme, was in seiner Macht stehe, um die Ordnung wieder herzustellen und um die Menschenleben und die Vermögenswerte zu schützen...

Die Ordnung sei wieder hergestellt. (!)

Alle Welt müsse davon befreit sein. Der polnischen Regierung habe man mitgeteilt, daß ihre Landsleute sich ins Unrecht setzten. Die polnische Regierung habe die verlangten Maßnahmen ergriffen. Auch die Worte Lloyd Georges seien falsch ausgelegt und schlecht übermittelt worden. (Ironische Zwischenrufe rechts.) Briand forderte die Kammer auf, den Laft einzuhalten, den die Debatte erfordere...

Briand erinnert an die Erklärung, die er in Abwesenheit des Parlaments in aller Öffentlichkeit habe machen müssen. Er habe Deutschland zu erkennen gegeben, wenn es Truppen entsende — wozu, wie er wisse, eine gewisse Beneigntheit bestanden habe —, dann würden ernste Ereignisse dadurch hervorgerufen.

Die deutsche Regierung

habe begriffen, er habe die Befriedigung gehabt, am nächsten Tage in den erregtesten Zeitungen eine gewisse Zurückhaltung zu bemerken. Nach einer Verbreitung über die letzten Ereignisse erklärt der Ministerpräsident, daß der deutsche Legationsrat v. Roltke noch einer Unterredung mit der interalliierten Kommission Instruktionen erteilt habe, denen Folge geleistet wurde.

Der Kampf sei eingestell.

die Ruhe im Gebiet wiederhergestellt. Auch der französische Botschafter in Berlin habe klare Informationen erhalten. Er selbst habe gestern den deutschen Botschafter gebeten, ihm einen Besuch abzustatten. Er habe ihn auf den Ernst der augenblicklichen Lage hingewiesen und gesagt, wenn nicht in kürzester Frist die deutschen Detachements entlassen würden, wenn die Urheber der Anwerbungen nicht nach den deutschen Strafgesetzen verfolgt würden, wenn die deutschen Grenzen nicht gesperrt würden, dann könne die Lage gefährlich werden...

Beweise einer großen Aufrichtigkeit

und einer großen Loyalität gegeben habe. Er habe seine Verpflichtungen gehalten, und er, Briand, werde darauf nachträglich bei Besprechung der Londoner Beschlüsse zurückkommen. Dr. Wirth habe nicht nur seine Verpflichtungen übernommen, sondern auch begonnen, sie auszuführen. Briand müsse es zurückweisen, wenn man sage, die Regierung habe...

Frankreich in eine erniedrigende Lage

gebracht. Er freue sich über die bewundernswürdige Haltung der öffentlichen Meinung; sie habe begriffen, daß die Interessen Frankreichs ganz verteidigt seien. (Beifall in der Mitte und links.) Ministerpräsident Briand sagte ausdann, er habe seine Politik erläutert, er übernehme seine Verantwortung, die Kammer möge die übrige übernehmen. Sie solle ausdann wählen zwischen seiner Politik oder einer anderen. Die andere Politik wolle er nicht mitmachen ohne zwingende Notwendigkeit. (Beifall links und in der Mitte.) Frankreich behalte sich vor, alle zu seiner Sicherheit erforderlichen Druckmittel zu gebrauchen, wenn die deutschen Versprechungen nicht gehalten würden...

Die Jahresklasse 1919 mobilisiert

weil dies unerlässlich gewesen sei. Ministerpräsident Briand fuhr fort: Er sei beauftragt, den Friedensvertrag von Versailles anzuwenden. Er müsse daran erinnern, daß der Friedensvertrag von Versailles ein einheitliches, ein stärkeres Deutschland in bezug auf Zusammenfassung und Assimilierung der Rassen geschaffen habe, als der Friedensvertrag von Frankfurt. Er wundere sich, daß man ihm Schwäche bei dem Gebrauch dieses Instrumentes vorwerfe. Er habe alle Verpflichtungen...

gegen das Parlament, nämlich durch die Befehung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort erfüllt. Abg. Tardieu scheint die Vergangenheit vergessen zu haben und nur an die Zukunft zu denken. Nach einer Schlußrede

#### Verhandlungen von London

unterstreicht Briand die große Anstrengung der Belgier, um zu dem Ergebnis in London zu gelangen. Er wäre stärker beklagt worden, wenn er das Ruhrgebiet besetzt hätte. Aber diese Art von Popularität habe er niemals gesucht. (Beifall links und in der Mitte; auf der rechten Seite wird Briand lebhaft unterbrochen, was Proteste von links hervorruft.) Briand fordert seine Kollegen auf, zwischen den beiden Arten von Politik zu wählen. (Der Abg. Roblemaire ruft dazwischen: „Die Frage steht doch viel höher, als eine ministerielle Frage.“) Briand sagt, der Abg. Roblemaire habe ihn nicht verstanden. Wenn es sich um das Interesse Frankreichs handele und wenn er die Kammer auffordere, ihre Wahl zu treffen, dann handele es sich um eine Frage des allgemeinen Interesses. Die für ein isoliertes Frankreich

sein, hätten zu bedenken, 200 000 Mann ständen vor dem Industriegebiet, das innerhalb 8 Stunden besetzt werden könne. Es frage sich, was erfolgt wäre, wenn man nicht das Abkommen von London getroffen hätte, das die Interessen Frankreichs sicher stelle, und wenn er zurückgekommen wäre mit der Erklärung, Frankreich sei isoliert. Man sage, wenn man Frankreich vertrete, müsse man erklären: „Ich will“, und wenn der andere sich nicht beuge, dann müsse man ihn brechen. Wenn er das getan hätte, dann hätte man es ihm 8 oder 14 Tage später vorgeworfen. Prüfen Sie ihr Gewissen, ruft Briand unter dem Beifall der Linken und der Mitte.

Ministerpräsident Briand fährt fort, es sei ihm jetzt gelungen, die Einigkeit unter den Alliierten ausrechtzuhalten. (Er sei sicher, daß ihm das auch morgen gelingen werde, selbst in der Frage von Oberschlesien. Man habe nicht das Recht, zu vergessen, daß England sich im August 1914 erhoben habe, um an Frankreichs Seite zu treten, und daß die Amerikaner das Meer überschritten hätten, um durch ihr Heer Frankreich beizustehen. Man müsse unermüdet daran arbeiten, die Einigkeit in der Welt aufrechtzuerhalten, aber nicht nur im Interesse Frankreichs, denn das britische Volk habe die gleichen Interessen wie das französische. Kein Volk könne mehr isoliert leben. Er freue sich, daß das ganze Land ruhig bleibe. Die parlamentarischen Institutionen gestatteten jedem, seine Verantwortlichkeit zu übernehmen. Man könne nicht glauben, daß die Stunde Frankreichs schon vorübergegangen sei, wenn man an die augenblicklichen Streitkräfte am Rhein denke. Er steige von der Tribüne herab, indem er sage, die Lage Frankreichs sei weit davon entfernt, schlecht zu sein. Die Stimme Frankreichs sei gehört worden, und überall, in Amerika und in England, befanden sich würdige Männer, die die Festigung und die Mäßigung Frankreichs. Deshalb werde er, solange er an der Spitze der Regierung stehe, nicht auf die Politik der Festigkeit und Mäßigung verzichten. (Beifall links und in der Mitte und auf der rechten Seite.) Die Sitzung wurde für einige Zeit unterbrochen. Nach Wiederaufnahme erhielt das Wort

#### Abgeordneter Vincent Auriol (Soj.):

Er analysiert die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages von Versailles und erinnert daran, daß der Abgeordnete Klotz von einer Schuldsomme Deutschlands im Betrage von 463 Milliarden gesprochen habe. Er geht dann dazu über, das Abkommen von Paris gegen das Abkommen von London abzuwägen. Man habe immer behauptet, daß die 68 Milliarden Goldmark, die man in London festgelegt habe, den 210 Milliarden Papierfranken entsprächen, die Frankreich verlange. Er erinnere daran, daß die sozialistische Partei, die jetzt in Deutschland der Regierung angehöre, die Pflicht zur Reparation anerkenne. Er fragt, ob man etwa die Politik der Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland weiter verfolgen wolle, damit die Alldeutschen und Militaristen ans Ruder kämen. In diesem Falle müsse man die Jahresklasse 1919 fünfzig Jahre unter den Waffen behalten.

Die Großindustrie wolle die Befehung des Ruhrgebietes.

Auriol beschäftigt sich im weiteren mit finanziellen Fragen und empfiehlt zum Schluß das Programm der Sozialdemokraten, das in Amsterdam aufgestellt wurde. Die arbeitende Klasse solle sich verständigen und dem grausamen Kriegszustand für die Völker ein Ende bereiten.

Die Weiterberatung wird alsdann auf morgen nachmittag verlagert.

### Briand brummt.

Paris, 24. Mai. (E.) Die Abgeordneten der stärksten Gruppe der Kammermehrheit in der französischen Kammer, der „Republikanisch-demokratischen Entente“ (Hauptstütze des nationalen Blocs, Reb. d. „U.“), begaben sich heute vormittag zu Briand und gaben ihm Erklärungen zu der Forderung des Abgeordneten Gatti, der sich ebenfalls unter den Mitgliedern der Abordnung befand und der die sofortige Befehung des Ruhrgebietes verlangt hatte. Briand erklärte, daß die Frage Oberschlesiens nicht vor der allgemeinen Frage, Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und Durchführung des Versailler Friedensvertrages geprüft werden könne. Das ober-schlesische Problem scheine auch außerdem für den Augenblick eine befriedigende Lösung erfahren zu haben und deshalb sei er auch nicht für eine Befehung des Ruhrgebietes. Uebrigens würde auch eine Befehung dieses Gebietes nur im Einvernehmen mit allen Alliierten geschehen. Würde Frankreich allein diese Befehung durchführen, so läme das einer Preisgabe des Versailler Friedensvertrages gleich. Briand erachtet somit eine Befehung des Ruhrgebietes für unmöglich und dies um so mehr, als der ober-schlesische Frage nur eine untergeordnete Bedeutung zukomme.

Deutschland habe völlig befriedigende Zusicherungen gegeben.

Die deutschen Freiwilligenkorps, die in das Abstimmungsgebiet eingedrungen seien, erhielten Befehl, sich zurückzuziehen und werden auf Anordnung der deutschen Regierung aufgelöst. Deutschland zeige überhaupt den größten Eifer, die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und des Londoner Abkommens zu erfüllen. Man habe für diese Unterwerfung der deutschen Regierung sicherste Beweise erhalten.

Nach diesen Ausführungen fragten die Abgeordneten, ob im Falle der Nichterfüllung einer Bestimmung des Londoner Abkommens die Ruhrbefehung automatisch erfolgen würde. Daraus antwortete Briand ausweichend, er habe den englischen Botschafter befragt und dieser erklärte, daß die englische Regierung derselben Ansicht sei wie Frankreich. Im Falle eine oder mehrere Bestimmungen der Verträge nicht erfüllt werden sollten, würde die Befehung des Ruhrgebietes automatisch erfolgen, selbst ohne vorherige neuerliche Konferenz der Alliierten. Die Abgeordneten waren mit diesen Ausführungen des Ministerpräsidenten sehr zufrieden und der Abgeordnete Gatti verzichtete dann darauf, seinen Antrag auf sofortige Befehung des Ruhrgebietes einzubringen.

Paris, 24. Mai. (II.) Die Antwort der deutschen Regierung auf die Note, die Briand gestern Dr. Raper übergeben hat, ist bereits heute morgen am Quai d'Orsay eingetroffen. Die Schnelligkeit, mit der die deutsche Regierung geantwortet hat, fällt allgemein auf.

Paris, 24. Mai. (E.) Der italienische Botschafter Graf Bonin Longare teilte heute morgen dem Generalsekretär Berthelot mit, daß die italienische Regierung sich den Wünschen Frankreichs füge und ihren Botschafter in Berlin Frassati beauftragt habe, im Einvernehmen mit dem französischen Botschafter Laurent bei der deutschen Regierung Vorstellungen zu erheben, damit die Kämpfe zwischen den Deutschen und den Polen ein Ende fänden.

London, 24. Mai. Die Reuter erfährt, stattete der deutsche Botschafter in London, Sthamer, auf Wunsch Lord Curzons gestern im Auswärtigen Amt einen Besuch ab, bei dem Lord Curzon hervorhob, wie sehr es erwünscht sei, daß die deutsche Regierung alle Maßnahmen treffe, um zu verhindern, daß deutsche Streitkräfte, insbesondere Formationen des Selbstschutzes, Freiwilligenabteilungen und dergleichen in das ober-schlesische Abstimmungsgebiet einrückten, um dort Feindseligkeiten mit den polnischen Insurgenten zu beginnen.

### Ein Orakelspruch Hardings.

New York, 24. Mai. (Reuter.) Präsident Harding erklärte bei einem Essen, es sei ein Ziel der gegenwärtigen Regierung, eine

klare der Verständigung einzusetzen. Er sagte: Ich wünsche Verständigung zwischen den Nationen, ich wünsche, daß unser Amerika nichts mit einer Nation zu tun hat, die nicht gewillt ist, sich an den Tisch zu setzen und offen ihre Karten zu zeigen.

### Briten nach Oberschlesien.

London, 24. Mai. (Reuter.) Im Unterhause erklärte Chamberlain, gegenwärtig befänden sich keine englischen Streitkräfte in Oberschlesien, obwohl eine Anzahl englischer Beamter im Dienste der Interalliierten Kommission seien. Nur eine unbedeutende Verlesung eines englischen Beamten sei gemeldet worden. Vier englische Infanteriebataillone würden vom Rhein nach Schlesien gehen, und es sei in Erwägung gezogen, diese Streitmacht, soweit möglich, zu vermehren. Deutschland werde für den Unterhalt dieser Bataillone keine Zahlungen zu leisten haben. In Warschau seien von den Generalen der drei alliierten Mächte, die im Einvernehmen vorgehen, dringende Vorstellungen erhoben worden.

Mailand, 24. Mai. (E.) Der Korrespondent des „Corriere della Sera“ in Opatowitz berichtet, die Verstärkung der alliierten Truppen sei nötiger als je. Wenn das deutsche Vorgehen die Polen zum Rückzug zwingt, werde die Lage sehr schwierig. Die Gegenwart in der französischen Truppen könnte teilweise die Gefahr eines Bürgerkrieges verringern. Das französische Kommando beginnt seine kleinen Besatzungen im Kampfgebiet in eine weniger gefährliche Zone zu verlegen. Auch die italienischen Offiziere des Interalliierten Kommission hat moralisch keinen Halt mehr; alle ihre Anstrengungen dienen nur dazu, nicht zwischen Hammer und Amboss zu geraten.

### 25 Prozent Kohlenausfall!

Infolge des Aufstandes erhält Deutschland keine ober-schlesische Kohle mehr, was einen Kohlenausfall von 25 Proz. bedeutet. Daraus sieht man, so stehen wir vor der schwersten Produktions- und Verkehrsfrage.

### Sachsen verhindert Freikorpstransporte.

Der sächsische Minister des Innern Lipinski hat, um die bereits von uns berichteten Durchtransporte bayerischer Orgeschwadern zu verhindern, folgende Verordnung an die Polizeibehörden ergehen lassen:

„Dem Ministerium des Innern gehen fortgesetzt Mitteilungen zu, daß Anwerbungen von Freiwilligen für Schlesien und die Bildung von Freiwilligenkorps und ähnlichen Formationen aus den Angeworbenen im Gange sind, sowie daß dergestalt gebildete bewaffnete Formationen aus den anderen Ländern durch Sachsen mit der Eisenbahn nach Schlesien befördert werden. Das Ministerium des Innern macht darauf aufmerksam, daß alle dergestaltigen Maßnahmen mit den Artikeln 177 und 178 des Friedensvertrages von Versailles im Widerspruch stehen und deshalb unzulässig und strafbar sind. Des weiteren ordnet das Ministerium des Innern an, daß die bei den Formationen vorgefundenen Waffen zu beschlagnahmen sind.“

In der Dienstagssitzung des Landtages ergriff der Minister Lipinski das Wort, um diese Verordnung zu begründen. Er wies auf die Zusammenstöße in Dresden hin und erklärte, auch in Leipzig und Chemnitz würden die Züge übermachtet, es seien bereits mehrere Transporte angehalten worden.

### Das Wiederaufbauministerium.

Nach einer amtlich bisher nicht bestätigten Deno-Meldung soll Rathenau das ihm angetragene Wiederaufbauministerium angenommen haben. Zum Staatssekretär im Reichsministerium des Innern wurde der Regierungspräsident Brugger ernannt.

Die „Note Fahne“ versichert, der neue Außenminister Dr. Rosen sei Reaktionsär, seine Ernennung bedeute einen Schritt zum „Sinnes-Kabinett“. Auf der anderen Seite befehrt die „Deutsche Zeitung“ ihre Leser, daß Rosen eigentlich Balkhorn-Roschke heiße und die nationale Ehre völlig preisgeben würde. — Nun weiß der Leser genau, wer Rosen ist.

### Schulmusik-Woche und Musik-Pädagogik

Kongresse finden meist in den Hundstagen statt. Und enthalten meist ein solches Kleinesprogramm, das in der Häufung des Guten das Ausschließbare Beste verloren geht. Den Versammlungen der Schulmusik-Woche konnte ich nur ein paar Schritte folgen, weil die Tagesstunden zu vollständig mit Vorträgen und Führungen, Demonstrationen und Erläuterungen vollgestopft waren, und weil das Pilgerm von der Hardenbergstraße nach Tempelhof und nach der Pfannkuchenstraße dem ermüdeten Großstädter zu schwer wird. Die künstlerischen Unterbrechungen durch die Konzerte des Thiesischen Madrigalchors, des Ochsleichen Hochschulchors und der von Klemperer geleiteten Mahler-Gedächtniskonzerte werden den vielen Konferenzteilnehmern noch viel unvergesslicher bleiben, als die an Anregung gewiß reichen Versammlungen. Das „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht“ glaubte mit Recht, daß in den Rahmen einer Reform des Musikunterrichts auch die Neugestaltung und Erweiterung des Schulmusik- und Gesangsunterrichts mit all seinen besonderen Fragen gehört. Die Methoden sind noch immer verschieden und werden es immer bleiben. Aber daß unter besonderer Einsicht und Hilfe des Ministeriums die hohe Bedeutung der Kunstpflege bei den Kindern anerkannt und der Boden für musikalische Volksbildung, ja für ein Fortschreiten der Musikkultur bereitet wird, das ist schon ein Ziel, um das sich arbeiten läßt. Diese Erkenntnis drückt sich Bahn.

Was gute und bewusste Reformen da zu sagen mußten über Grundlagen, Wert und Aufgaben der musikalischen Betätigung in der Schule, über den Zusammenhang zwischen Schule und Leben, über Methoden des Unterrichts und über die beste Praxis des Lehrens, das war prinzipiell und über den Tag hinweg von Bedeutung. Allerdings: Lehrer gehören dazu vom großem Wissen und Gewissen, von lebendiger Befähigung und Einfühlung in die Kinderseele. Männer, die — wie Prof. Kollé — aus dem Herzen heraus vom Herzen der Kleinen sprechen, die vom Lebendigen, vom Wort und keiner Schönheit ausgehen, das Raumbewußtsein der Unfertigen auszuheben zum Erlernen der Noten und Intervalle, die außerhalb der notwendigen Mechanik einer Tabulatur den Geist und die Liebe pflegen und so im eben Weltkreis mit den Vernenden eine begehrteste Arbeitsschule schaffen. Die Ausführungen und praktischen Lehrlungen Rollen waren das zentrale Ergebnis der Tagung. Um dies Ergebnis freizugeben die speziellen Vorträge über rhythmische Gymnastik (Blasendorff-Pfeiffer), Tomari-Methode, Gemeinschafts-Unterricht u. d. in antwortender Mäßigkeit herum. Praktische Beispiele, im Augenblick an Schülern unterer und mittlerer Stufe gezeigt, begrenzten und erhellten Wert und Wirkung der Einzelmethoden. Die Treffsicherheit der kleineren Schüler von Rolle vor zuweisen geradezu verblüffend; die Lust an der aktiven Mitarbeit spielt beim Lernen des Singens, des Schönsingens, eben die Hauptrolle.

In Einzeldarstellungen wurde dann auch oberhand Kluges über die Stellung des Musikunterrichts im Gesamtorganismus der Schule gesprochen, in den Diskussionen nicht ohne Vorwurf gegen harthörige Behörden. Da das Kultusministerium einen Vertreter bei den Versammlungen hatte, so sind all diese Anregungen sicher notiert und zur praktischen Durcharbeitung bereitgestellt worden. (Der Minister Becker erschien einmal zur Tagung persönlich. Fortschritt!)

Am Tisch des Vorstandes saß auch Bes. Restenberg, der Musikdezernent im Ministerium. Der hat — bei Quelle u. Meyer — soeben ein Büchlein über „Musik-erziehung und Musik-pflege“ erscheinen lassen, das alle Fragen des Musiklebens wie in einem Brennspiegel ausleuchtet läßt und das gleichzeitig zur Lösung dieser Probleme großzügig-kluge, systematisch organisierte Vorschläge bringt. Ich halte die Arbeit Restenbergs für das Beste und Best Befähigte, was jemals in gedrängter, populärer Form über musikalische Volksbildung, ihre Wege, Irrwege, Grundlagen und Ziele, Möglichkeiten und Hemmungen geschrieben worden ist. Ein kenntnisreicher, kunstbegeisterter, aufbauender, mit Tatsachen rechnender und unparteiisch urteilender Mann hat hier das Wort. Für den Kongreß der deutschen Lehrer hätte die erste Hälfte des Buchs als Leitfaden für eine Diskussion dienen können; die praktische Einteilung seines Stundenplans, etwa für das Musikgymnasium oder die Volksmusikschule hätte revidiert und modifiziert werden können. Zu Umgestaltungen in dem ziemlich verwahrlosten und unsystematisch getriebenen Betrieb der Privatschulen, Konservatorien, zur Erweiterung und Besserung musikalischer Erziehung in Kindergärten, Gemeinde-schulen, Akademien bringt Restenberg gleichfalls neue Anregungen. Die Idee, durch endgültig abschließende musikalische Erziehung in Volksschule, Volksmusikschule und Musikgymnasium die Grenze zwischen Musiker ersten und zweiten Ranges zu verwischen, das Musikproletariat einzuschränken, Künstler und Publikum einander zureifen zu lassen, ist von wahrhaft edler Werbestraft. Auf der Höhe der Kunstausbildung steht dann für den Berufenen die musikalische Akademie und die Meister-schule. Zur Erziehung gehören nicht nur Lernende, sondern vor allem Lehrende. Ueber ihren Bildungsgang und die Notwendigkeit staatlicher Prüfungen sagt Restenberg Sachliches und Kluges. Nur glaube ich, sollte die Prüfung möglichst schwer und nicht möglichst leicht gemacht werden. Sonst wachsen die begabten Schüler den unbegabten Lehrern zu schnell über den Kopf. Restenbergs Buch behandelt im zweiten Teil die praktische Musikpflege mit all ihren Gefahren, Zerrissenheiten, Krankheiten. Es darf lobend gesagt werden, daß auch hier kein Sondergebiet vergessen ist und daß zu keinem ein eigenes, gut formuliertes Urteil fehlt.

Se einfacher und natürlicher eine Unterrichtsmethode ist, desto schneller der Aufstieg des Schülers, desto rascher der Erfolg. Zeit ist Reichtum; man soll mit der Herausgabung gehen. Unter diesem Gesichtspunkt nenne ich Siegfried Eberhardts Büchlein „Paganinis Eigenhaltung“ (Verlag Fürstner). Ein bisher nicht erkanntes aber unbedeutendes Grundgesetz wird hier

ist hier logisch entwickelt. Kein Zweifel: ein Umschwung in der gesamten Weigen-Lehrschule wird eintreten müssen. Ich habe — als gelernter Geiger — mir die neue Haltung und ihre mechanischen und tonlichen Vorzüge demonstrieren lassen, und bin überzeugt, daß Ehrhardt richtig gesehen, gefordert und gehört hat. An dieser Methode wird nicht zu rütteln sein. Lernet sie, und der Weg zum Virtuosen ist frei! Dr. Kurt Singer.

Der Landesverband der preussischen Privatschuldozenten hielt am 20. und 21. Mai in Halle eine Tagung ab. Festgestellt wurde, daß dem Wirken des reformfreundlichen Kultusministeriums eine Besserung der Verhältnisse zu danken ist. Bewährte Privatschuldozenten sollen in Zukunft die Dienstbezeichnung „nichtbeamtete a. o. Professoren“ führen. Gefordert wurde die Teilnahme an den Universitätsangelegenheiten durch Vertretung in den Fakultäten. Auch wird, da die Privatschuldozenten weder feste Bezüge noch Ausichten, noch das Anrecht auf Witwen- und Pensionenverfügung haben, ein Existenzminimum in der Höhe des Gehaltes der Studienassessoren erstrebt. Da bei der Fortdauer der heutigen Zustände der akademische Nachwuchs sich nur noch aus den Schichten der Reichen rekrutieren würde, liegt es im Interesse der Demokratie, daß allen billigen Forderungen der Privatschuldozenten Rechnung getragen wird.

Wells über den Casskrieg der Zukunft. Zu einer neuen Ausgabe seines Buches „Der Krieg in der Luft“ hat Wells eine Vorrede geschrieben, in der er die „große Katastrophe des Zukunftskrieges“ eindringlich ausmacht. „Mit der Flugmaschine hat der Krieg sein Wesen verändert“, schreibt er. „Es ist kein „Frontenkampf“ mehr, sondern ein Ringen auf riesigen Gebieten. Jeder Sieger noch Besiegter wird von den furchtbaren Verlusten verschont bleiben, und ebenso wie die Zerstörungen durch den Krieg ins Unermessliche wachsen, so wächst auch die Unsicherheit des Ausgangs und die Unentschiedenheit der Kämpfe. Der Luftkrieg bringt allgemeine Zerstörung anstatt eines Sieges als Ende des Krieges. Nicht nur die Methoden, sondern auch die Folgen des Krieges sind dadurch verwandelt. Die furchtbare Katastrophe kommt auf uns zu in voller Tageslicht, und hinter ihr marschieren andere nicht minder schlimme Katastrophen. Die ständige Verschlechterung des Geldes, die Störung des Handels, das Nachlassen der geistigen Energien in Europa führen zu Zuständen, die jedem fortschrittlichen Menschen Grauen einflößen müssen. Rationale und imperialistische Ripitäten drängen ganze Völker zum sozialen Zusammenbruch. Trauen wir überhaupt noch jemandem?“

Die Hundertjahrfeier des Schanzielhauses wird am 25. Mai durch eine Festausführung begonnen. Die Fortsetzung des „Festes“ wird durch Festbened. „Weils des Hauses“ eingeleitet. Schinels Entwurfs und Stützen sind im Jager ausgestellt.

Neber Schulreform auf anthropologischer Grundlage die Notwendigkeit der Organüberbauung (siehe auch: 14. Nr. im Realgymnasium, Schöneberg, Gartenhausstr. 47/48, Dr. G. Müller, Richterfeld, in öffentlicher Verlesung des Bundes entschiedener Schulreformer.

Die Herzliche Gesellschaft für Sexualwissenschaft und Eugenik behandelt in den Sitzungen am 26. und 27. Mai, 7 Uhr, im Palais des Reims für Bältern die Frage: Soll der Staat ärztliche Eingriffe gegen die erbliche Belastung vornehmen?

Groß-Berlin Berlin-New York.

Im Reichshand deutscher Technik (nach Dr. Borch (Telefunken) über 'Die Großfunkstation Rauen und die weltumspannende Bedeutung der drahtlosen Nachrichtenübermittlung'. Durch Lichtbilder und Film wurde die Station Rauen in allen Einzelheiten gezeigt.

Immer, wenn Laten die hohen Türme von Rauen oder Königswusterhausen oder sonst einer Funkanlage sehen, werden sie von Bewunderung ergriffen. Es grenzt ja auch in der Tat an das Wunderbare, was die Technik hier in emsigem Schaffen vollbracht hat. In dem neuen, schönen Gebäude der Großfunkstation Rauen, das am 27. September v. J., wie wir seinerzeit berichteten, von der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie an die Tochtergesellschaft 'Transradio' übergeben wurde, die nun den eigentlichen Betrieb aufrechterhält, geht es geheimnisvoll ruhig zu, denn die Sendeanlage werden von Berlin aus bedient.

Telegramm nach New York: Der Schalterbeamte irgendeines Postamts nimmt das Telegramm entgegen und schreibt in eine 'Rauen'. Eine Seilpost befördert es zu den Schnellschreibern, dort wird ein Papierstreifen mit Böchern hergestellt, die die Buchstaben nach Art des Morsealphabets wiedergeben. Dieser Streifen läuft durch einen Schnelltelegraphen, der also von Berlin aus die Sendeanlage in Rauen direkt bedient. Im gleichen Augenblick arbeiten dort die gewaltigen Hochfrequenzmaschinen und ihre Energien strahlen das Telegramm sofort nach der Empfangsstation Marion in Amerika. Die elektrischen Wellen haben so die vielen tausend Kilometer über den Atlantischen Ozean im Nu überwunden und kurze Zeit darauf ist der amerikanische Empfänger im Besitz des Telegramms.

Jede drahtlose Station besteht aus drei Teilen: der Energiequelle, welche die Kräfte erzeugt, die in die Ferne übermitteln werden sollen. Diese werden durch den Sender in elektrische Schwingungen umgewandelt und von den Antennen, den Luftleitern, in den Raum hinausgestrahlt. Das Leuzerle beim Bau einer drahtlosen Station sind die großen Masten, die jedoch jetzt nur bei den Sendestationen vorhanden sind. Die Empfangsstationen begnügen sich mit kleineren Rahmenantennen. So dient Rauen nur noch als Sendestation, während in Seltow bei Potsdam eine Empfangsstation errichtet ist, die mit einer verhältnismäßig kleinen Rahmenantenne Telegramme aus allen Himmelsrichtungen empfängt. Es ist heute eigentlich nicht mehr zweckmäßig, von Funkentelegraphie zu sprechen, denn der Funke wird nur noch in den seltensten Fällen benutzt. Ihn haben heute vor allem die Hochfrequenzmaschinen ersetzt. Mit einem Drittel der Energie erzielt man dieselben Leistungen wie früher, weil die Empfangsapparate besonders durch Einführung der Lautverstärker wesentlich verbessert worden sind. Rauen arbeitet mit Hochfrequenzmaschinen, das sind große Wechselstrommaschinen, die so schnell laufen, daß sie die hohe Frequenz von 6000 Perioden in der Sekunde erzeugen, die dann von Frequenzwandlern noch auf 12000 und 24000 Perioden erhöht werden. (Frequenz ist das Hin und Her der Schwingungen.) Würde man diese Schwingungen direkt in die Antennen senden, so würde man eine Wellenlänge von 54000 Metern erhalten, während Rauen, wenn es mit Amerika spricht, mit einer Länge von 12600 Metern, bei Verkehr mit Ostau mit einer solchen von 9000 Metern arbeitet. Wie Marconi 1892 die Herzischen Wellen für die praktische Telegraphie nutzbar machte, war es möglich, noch alle Telegramme aufzufangen. Durch Erfindungen des Deutschen Braun ist es gelungen, die Stationen auf einander abzustimmen, und das geschieht durch Zwischenschaltung eines Kondensators oder einer Kuperspule, die man entweder vergrößert oder verkleinert und nur miteinander abgestimmte Stationen können zusammen verbunden werden. Durch Einführung einer Code wird die Geheimhaltung der Telegramme noch weiter begünstigt. Durch die neueste Ausgestaltung der drahtlosen Telegraphie dürfte bald der Verlust durch unsere Ueberseeabfertigung ausgeglichen sein.

Brennholz gegen Kartoffelschalen.

Der Magistrat Berlin hat in Anerkennung des berechtigten Wunsches der Bevölkerung, auch aus den Abfallstoffen Einnahmen

zu erzielen, Tauschhändler zugelassen, die die Küchenabfälle, namentlich Kartoffelschalen, gegen Hergabe von Brennholz usw. einsammeln. Die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 26. Juni 1916 sowie die Verfügung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 29. November 1920 beziehen noch zu Recht; es soll nunmehr aber, um die Ablieferungsfristigkeit zu heben, den Hausfrauen Gelegenheit gegeben werden, sich durch entgeltliche Hergabe ihrer Küchenabfälle an private Händler von der Pflicht der Ablieferung an die Hof-Sammelbehälter zu befreien. Die Händler sind verpflichtet worden, die eingesammelten Küchen-

5. Kreis Friedrichshain!

Donnerstag, den 26. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in den 'Andreas-Festjulen', Andreasstraße 21:

Verammlung

Reichstagsabg. Hugo Schmann hält einen Vortrag über den 'Versailler Friedensvertrag und seine Ausführung'.

Diese Einladung gilt am Saaleingang als Ausweis. 'Vorwärts'-Leser und Gefeinnungsfreunde sind eingeladen.

abfälle zu behördlich festgesetzten Preisen an die in ihrem Verwaltungsbezirk wohnhaften gewerblichen Rubhalter abzuführen. Unsere Rot zwingt uns, auch fernerhin die geringsten unserer wirtschaftlichen Mittel auszunutzen. Die Namen der zugelassenen Händler werden durch Säulenanschlag bekanntgegeben.

Vorläufig kein Elektroomnibus.

Ein verlagter Verkehrsantrag.

In der letzten Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation wurde ein Antrag der Elektrobuss-A. G. auf Genehmigung dreier Kraftomnibuslinien, die die Leipziger und Friedrichstraße berühren sollen, zunächst verlagert. Wie es heißt, konnte sich die Deputation der Notwendigkeit des Omnibusverkehrs angesichts des immer steigenden Verkehrsbedürfnisses nicht verschließen, die Notlage der Straßenbahn zwingt jedoch dazu, ihr nicht eine gefährliche Konkurrenz erstehen zu lassen.

Zugestimmt wurde dem Antrag mit einer Unternehmerrfirma über die Verpachtung der Reklamen an den von der Firma zu stellenden neuen Haltestellen und -angelegern der Straßenbahn mit einigen Vorbehalten. Sämtliche Haltestellen der Straßenbahn sollen entsprechend den von der Luftverkehrsbehörde genehmigten Anzeigetafeln ausgestattet werden. Für die Straßenbahn wird daraus eine nennenswerte jährliche Einnahme erwartet. Dagegen lehnte die Verkehrsdeputation ab, einem Antrag auf Einführung einer Reklame auf den Kraftdroschken gutzuschließen zuzustimmen, um so mehr, als die Stadt noch nach anderer Richtung hin Pläne über die Ausnutzung städtischer Anlagen zur Reklame hat. Man war im übrigen in der Verkehrsdeputation der Ansicht, daß jetzt wohl genügend für Reklame im Straßenbild durch Straßenbahn, Post und Eisenbahn gesorgt sei.

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Ordnung über Erhebung einer Kraftdroschkensteuer zu geben lassen. Die Ordnung legt die Steuer auf die Benutzung, auf das Fahren, nicht auf das Halten der Kraftdroschke, sie trifft also den Fahrgast, nicht das Gewerbe. Danach ist Steuerträger der Benutzer, wenn auch der Fahrzeughalter die Steuer abzuführen hat. Die Ordnung beschränkt sich auf Kraftdroschken. Die Fahrsteuer bestimmt sich nach dem Fahrpreise und beträgt 10 Proz. Der Ertrag ist auf 16 bis 18 Millionen Mark jährlich veranschlagt.

Verlorene Jugend.

Ein Beitrag zur Psychologie der Kinderauslagen.

Eschätzernde Verderbnis bei einem neunjährigen Mädchen kam in einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts I zutage. Angeklagt wegen Sittlichkeitsverbrechens war der bisher unbestraute Arbeiter L. Der Angeklagte war auf Grund der Beschuldigung eines 14jährigen Schulmädchens Linda S. verhaftet worden, das

behauptet hatte, daß sich der Angeklagte eines Verbrechens gegen den § 176,3 StGB. schuldig gemacht habe.

Die Angaben des Mädchens waren detailliert und enthielten eine Reihe von Ausdrücken, die sonst nur in den übelsten Ausschweifungen in Dornenkreisen üblich sind. Eine ärztliche Untersuchung ergab außerdem, daß das Mädchen schwer infiziert war. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte auf das entschiedenste, sich vergangen zu haben und behauptete, daß das 14jährige Mädchen fittlich so verborben sei, daß es ihn sogar falsch beschuldige. Zum Beweise hierfür legte der Verteidiger dem Gericht einen Brief vor, den die 14jährige Zeugin an einen 12jährigen 'Freund' geschrieben hatte und diesen mit dem deutlichsten Hinweis auf den Zweck des Besuchs aufforderte, sie während der Abwesenheit der Eltern zu besuchen. Trotz mehrfachen Vorhalts bestritt das Kind, den obzönen Teil des Briefes geschrieben und behauptete, nur den harmlosen Teil geschrieben zu haben. Rechnungsrat Drogolin erklärte dagegen, daß nicht der geringste Zweifel an der Übereinstimmung der Handschriften bestehe.

Der Staatsanwalt beantragte trotzdem 2 Jahre Zuchthaus gegen den Angeklagten, da man nicht annehmen könne, daß ein 14jähriges Kind fittlich und moralisch so verborben sein könne. Das Gericht entschied jedoch dem Antrage des Verteidigers und erkannte auf Freisprechung auf Kosten der Staatskasse.

Für die Altpensionäre der Großen Berliner.

Die Stadtverordnetenfraktion der SPD. hat zur Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 26. d. M., folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu eruchen, der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich eine Vorlage betreffend Aufbesserung der Bezüge der Altpensionäre der Großen Berliner Straßenbahn zu unterbreiten und bis zur Verabschiedung dieser Vorlage die Bezüge der Pensionäre, Witwen und Waisen allgemein um 100 Proz. zu erhöhen.

Attentatsgefahr in Berliner Wäldern.

Wie erinnerlich, wurde am 22. April am Wannsee ein junges Mädchen von einem Manne überfallen und mit einem Messer so übel zugerichtet, daß es noch heute im Lichterfelder Krankenhaus schwer daniederliegt. Nach den bisherigen Ermittlungen scheidet ein Mann in Försteruniform völlig aus. Es kommt vielmehr ein junger Mann in Frage, der in der Mitte der zwanziger Jahre steht. Er ist höchstens mittelgroß, hat ein schmales eingefallenes Gesicht mit tiefliegenden Augen und den ausgeprägten Gesichtsausdruck eines Sadisten. Er hatte sich schon zwei Tage vorher in verdächtiger Weise an badende Kinder herangemacht und war beim Nahen Erwachsener über einen Baum geflohen. Er trug nach Aussagen verschiedener Zeugen einen abgetragenen grauen Sommerpaletot mit Kängurugürt. Da ein Mann von solcher Veranlagung seine Attentate zu wiederholen pflegt, ist den Spaziergängern äußerste Vorsicht zu empfehlen. Wer irgendwelche Wahrnehmungen gemacht hat, möge sich bei den Kriminalkommissaren Dr. Grünberg und Bänger im Zimmer 190a des Postzeipräsidiums melden.

Waldausacht in Buch.

Die Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft in Buch veranstaltete bei herrlichem Frühlingswetter ein Waldfest, das dazu dienen sollte, durch gegenseitiges Sichnähertreten im gemeinsamen Gedenken der Natur die Friedensliebe zu vertiefen. Genosse Pfarrer Kleier führte in einer Waldausacht u. a. folgendes aus:

Alle haben ein Recht auf die Naturgüter; es darf nicht der unermüdlich Schaffende das Geißel haben, hier ist fremder Boden, den du nicht betreten darfst, sondern er soll wissen und fühlen, daß ihm die Natur gehört und sie sich ihm in ihrer Herrlichkeit erschließt. — Aber nicht allein genießen wollen wir, sondern unser Geißt zum Denken schärfen. Die halbtierigen Häuser, welche hier vor uns liegen, die als Lungenheilstätten errichtet werden sollten, der menschenmordende Krieg aber die schaffenden Kräfte von diesem halben Bau brutal hinführt, leben und wie Denkmäler an. — Hier können wir ein Wunder vollbringen, wenn wir uns zu der Tat reifen, keine Kriegsmaschinen und Denkmäler für Generale mehr zu bauen, sondern solche Stätten, die dem Aufbau, nicht aber der Zerstörung dienen. — Es muß uns gelingen, den Punkt im Menschen zu finden, wo der Hebel zu einer glücklicheren und gerechteren Weltordnung angelegt werden kann.

Viele Anhänger der Friedensliebe waren dem Rufe der Veranstaltung im Walde gefolgt und das Fest fand nach Kinderspielen, Volkstänzen und gemühtlichem Beisammeln in der Abenddämmerung seinen Abschluß.

aber freute sich darauf wie ein Kind. Sie hatte noch keine Hochzeit mitgemacht. 'Du mußt dich doch auch darüber freuen,' sagte sie zu Karl, um sich zu rechtfertigen, 'wenn die beiden trotz allem zusammentommen.'

Stine war nun bald siebzehn Jahre. Ein mühseliges Ende des Daseins hatten die siebzehn ersten Jahre bedeutet, von allem hatte sie zu kosten bekommen. Bearbeitet hatte sie von klein auf, hatte die kleinen Geschwister geschleppt, hatte sie erzogen und ihnen die Mutter ersetzt. Als sie das Heim verließ, hatte sie die beschwerliche Leistung eines Erwachsenen hinter sich. Es war vorbei, — wirklich und endgültig vorbei; nun konnte sie den Rücken gerade reden.

Und kaum hatte sie ihre kleinen Geschwister vom Schoß gelassen, als sie auf eigene Rechnung von neuem beginnen konnte. Unter ihrem mißbrauchten kleinen Herzen hing es an, sich zu regen; eine neue Last — größer als alle vorher — war dort angebracht. Andere entdeckten es vor ihr selbst und betrachteten sie mit wunderlichen Blicken; wie ein verfürtes Kind ging sie umher und begriff nichts. Eine sagte kein Wort, starrte sie nur betrübt an und seufzte; sie schonte sie bei der Arbeit, und Stine ahnte, warum. Von vielen Seiten her kamen die Bestätigungen der einen bösen Tatsache, — ein Mensch hatte ihr einen Schmerz zugefügt, um sich selbst zu trösten, und nun sollte sie zur Strafe ein Kind haben. Eines Tages wurde sie in der Waschküche von heftiger Uebelkeit befallen. Eine mußte ihre Stirne halten, ihr etwas schlotrigger Körper wurde beinahe gerührt. 'O, du armes Barm,' sagte eine. 'Du hättest auch lieber nicht so viel zum Tanz rennen sollen diesen Sommer; war ja nicht anders zu erwarten, — so verrückt, wie du nach dem Tanzen warst.'

'Davon ist es gar nicht,' sagte Stine schluchzend. Der kalte Schweiß stand ihr auf Stirn und Oberlippe.

'Ja, ja, es geht mich auch nichts an. Aber nun geh an deine Arbeit, damit die Bäuerin nichts merkt.'

Ah, — Tanz, Tanz! hätte sie sich's doch wenigstens beim Tanzen geholt! Sie hatte von Mädchen gehört, die sich ein Kind antanzen — und hatte bei dem Ausdruck verweilt; es blieb im Sinn haften wie ein hübscher Vers. Angst vor dem Tanz hatte sie deswegen nicht gehabt. Sollte sie doch Kinder kriegen — und Grobchen hätte ihr ja prophezeit, daß sie leicht dazu kommen würde —, so wollte sie sie sich am liebsten erlangen.

(Fortf. folgt.)

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Nexö.

Stine war ein handfestes kleines Wesen, wenn's die Widerwärtigkeiten des Tages zu überwinden galt; sie verstand es, sich mit ihnen herumzuschlagen und mit ihnen fertig zu werden. Aber hier war das Dunkel das Schlimmste, bei allem waren die Wurzeln noch vorhanden, und das Bewußtsein spukte darin. Sie verstand Karls Verzweiflung über das Treiben der Mutter; man konnte ihr durch Zureden zusehe kommen und sie beschwichtigen, wenn man Glück hatte. Das Grauen aber, das immer über ihm hing, seine Zerrissenheit aus dem geringsten Anlaß sagte sie nicht. Und versuchen zu wollen, hier zu trösten, war, wie wenn man aus einem Loch im Sande das Wasser beseltigen wollte, es stürzte ebenso rasch wieder vom Boden herzu. Ihn bei guter Laune zu erhalten, war eine unmögliche Arbeit.

Und von ihm lassen konnte sie auch nicht. Sie konnte nicht anders, sie mußte an ihn denken und sich um ihn sorgen, ihr Herz verlangte das. Für kleines Volk wie für kleine Vögel fügt sich das Dasein leicht so, wie wenn ein junger Auckuck im Nest ist; der ganze Inhalt der Tage besteht darin, einen unerfülllichen Rachen zu füttern und zu füttern. Stine mußte — möchte sie wollen oder nicht — die ganze Bürde einer Welt tragen, an der sie keinen Anteil hatte; es gab keinen Ausweg. Wäre er wenigstens ein kleines Kind gewesen! Dann hätte sie ihn auf ihren Arm nehmen, mit ihm spielen und ihm gut zureden können, bis er lachte und alles vergah.

Stine kämpfte den Kampf für ihn, möchte sie wollen oder nicht, und mußte ihn so weit mitleiden, daß das Dunkel sich wieder über ihr schloß. Es gab keine Brücke von Vertraulichkeit zwischen früher und jetzt, keine Lieblosung bildete die Verbindung; er kam nur in düstrier und aufgeregter Stimmung und suchte Zuflucht vor der Finsternis bei ihr. Und sie wußte keinen anderen Rat, als ihn wieder an sich zu ziehen und ihn zu trösten, so gut sie konnte.

Die Zeit war nicht dazu angetan, an sich selbst zu denken, und sich in acht zu nehmen, wenn ein Mensch unglücklich war.

Im Lauf des Herbstes wiederholte es sich, und in derselben Nacht ließ sie nach dem Dorj und klopfte an.

Es war so verwirrend schwer, — war er doch nicht einmal ihr heimlicher Liebster! Sie hatte bloß opfern müssen, — mehr als sie hatte, hatte sich auch die kommenden Daunen auscupfen müssen, um ihm Gutes zu erweisen. Tagsüber ging sie in halbem Rebel umher, und ihr Gemüt war erfüllt von Kummer und Bewunderung, die Reue verheerte ihren Kinderinn. Sprach sie ernst mit Karl darüber, so stetzte die Reue auch ihn an, fiel über ihn her in Form von Tränen und Selbstanklagen und veranlaßte ihn, sich wie ein Verurteilter zu benehmen. Und dann mußte sie ihn wieder zu beruhigen suchen. Es war nicht auszuhalten!

Es war gar zu schwer, das alles allein mit sich herumzutragen, und sie wünschte sehnlichst, daß sie sich jemandem hätte anvertrauen können. Zu Sörine zu gehen, fiel ihr nicht im entferntesten ein; und Lars Peter hatte den Kopf so voll, — und er war auch ein Mann. Aber da war ja die Bäuerin! Es gab Augenblicke, wo Stine meinte, zugrunde gehen zu müssen, wenn sie sich nicht einem erwachsenen Menschen anvertraute; sie konnte die Last nicht allein tragen.

Wenn sie Karl das auf ihre erste, fast allkluge Art erklärte, geriet er außer sich und benahm sich, als wäre er von Sinnen; seine Augen wurden ganz starr vor Schred.

'Du brauchst doch keine solche Angst vor deiner Mutter zu haben,' sagte Stine. 'Es ist ja ihre eigene Schuld. Aber wir wollen zu ihr hineingehen und sagen, daß sie anders werden sollte, — sonst mache sie uns unglücklich.'

'Dann geh' ich in die Scheune und häng' mich auf,' sagte er drohend.

Viele Tage blieb er ihr ängstlich fern, sprach auch nicht zu ihr, wenn sie zusammen arbeiteten, sondern bewegte sich mit zusammengepreßten Lippen neben ihr, — als hätte er ein Gelübde getan. Aber sein Blick suchte sie, bettelnd und sehend, und Stine verstand, was er wollte, und schwieg. Er tat ihr leid, — er hatte ja niemanden, zu dem er in seiner Not seine Zuflucht nehmen konnte.

So verging für sie der Herbst und der größte Teil des Winters; es war eine böse, beschwerliche Zeit. Nur wenige Lichtpunkte waren darin, die Besuche zu Hause und dann das, daß Karen sich über die Meinung aller Leute hinweggesetzt hatte und zur Hochzeit mit Johannes rüstete: im Mai sollte sie stattfinden, Karl nahm es auf seine desperate Art hin, Stine

# Wirtschaft

## Ist Herr Stinnes Reichskohlenlieferant?

Man schreibt uns: Die „Frankfurter Zeitung“ brachte die Meldung, der bisherige Präsident der Alpine Montanengesellschaft, Herr Kestranek, sei von diesem Amte zurückgetreten. Anlaß dazu hätten die Ansprüche des Stinnes-Konzerns, der sich bekanntlich den bestimmenden Einfluß in dem größten österreichischen Bergwerks- und Hüttenunternehmen verschafft hat, auf Anerkennung von Sonderprivilegien gegeben. Es handle sich um die Zusage eines Extraprofits für Kokslieferungen.

Kunmehr hat der Stinnes-Konzern zu der heißen Sache in der ihm dienstwilligen Presse selbst das Wort genommen. Indigniert wird gerügt, daß die Frankfurterin die „deutsche Gegenseite“ nicht zuvor gehört, ehe Kestraneks Ansichten zur Veröffentlichung gelangten. Wir meinen, das deutsche Volk ist der Rächte dazu, zu erfahren, was für Geschäfte die „deutsche Gegenseite“ in der Alpine Montanengesellschaft auf Kosten der deutschen Volkswirtschaft macht. Der Stinnes-Konzern fühlt sich schon so sehr als Herr und Meister in Deutschland, daß er zur Rechtfertigung des beanspruchten Extraprofits ungeniert folgendes mitteilt:

Der Stinnes-Konzern hat sich verpflichtet, der Alpine Montanengesellschaft regelmäßig eine größere Menge Hüttenkoks aus Deutschland zu liefern. Von der durch diese Lieferung ermöglichten Erhöhung des Betriebsergebnisses hat sich der Stinnes-Konzern 30 Proz. Extraprofit ausbedungen; außerdem erhält er, als Hauptaktionär, von dem übrigen Gewinn den Löwenanteil. Der Stinnes-Konzern erklärt, derartige Sonderverträge würden auch in anderen Interessengruppen Tag für Tag abgeschlossen. Der Sonderprofit sei recht und billig, denn: „Die Gruppe Rhein-Elbe-Union (Stinnes-Konzern) ging dabei noch zudem das Wagnis ein (!), durch die Kokslieferung an die Alpine gegenüber ihren anderen Koks- und Koksabnehmern in Verlegenheiten zu kommen und sich für solche Lieferungsverpflichtungen amerikanische oder englische (!) Ersatzkoks zu teuren, verlustbringenden Preisen kaufen zu müssen.“

Diese Selbstentbillung ist von großem öffentlichen Interesse. Durch Bekanntmachung vom 24. Februar 1917 (RdM. S. 327) übertrug der Bundesrat dem Reichskohlenlieferanten die Verfügung über die im Deutschen Reich geförderten Koks, auch über die importierten; ebenso über Koks und Briketts. Der Reichskohlenlieferant bestellte für die Ordnung der Koksverteilung unter 28. April 1917 den Reichskohlenkommissar. Dieser nur hat die inländische Verteilung der Erzeugnisse der Stein- und Braunkohlenwerke, der Koks- und Brikett- und der -ausfuhr zu ordnen. Der § 133 des Ausführungsgesetzes vom 23. März 1919 bestätigte diese Funktionen des Reichskohlenkommissars abermals. Demnach können Koks, Koks und Briketts aus Deutschland nur exportiert werden mit Genehmigung des Reichskohlenkommissars. Allgemein ist bekannt, daß es den reichsdeutschen Verbrauchern an guten Koksarten und an Koks fehlt. Die deutschen Industrien klagen immer darüber, daß die Entente diese besten Koksarten in einem für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie schwer schädigenden Maße für sich in Anspruch nimmt. Man muß somit annehmen, daß der Reichskohlenkommissar keine Erlaubnis für eine höhere Ausfuhr dieser Koksarten erteilt.

Wie hat es trotzdem der Stinnes-Konzern ermöglicht, an eine ausländische Unternehmung eine höhere Menge Koks und Koks zu liefern, selbst auf die Gefahr hin, daß dafür amerikanische und englische Ersatzkoks nach Deutschland importiert werden? Wer hat das erlaubt? Erfolgt diese Ausfuhr ohne Erlaubnis des Reichskohlenkommissars? Das sind Fragen, an deren schnelle und erschöpfende Beantwortung das deutsche Volk ein dringendes Interesse hat.

Zahlreiche deutsche Koks- und Koksverbraucher beklagen sich über die mangelhafte Belieferung mit minderwertiger Koks. Zur selben Zeit kann der Stinnes-Konzern größere Mengen besser Koks (bzw. daraus erzeugten Koks) liefern gegen Zusage eines Extraprofits, und zwar an ein großes ausländisches Hüttenwerk. Ist Herr Stinnes deutscher Reichskohlenkommissar? Gilt für ihn das Kohlenwirtschaftsgesetz nicht? Bileicht magt man es auch, diese Schmälerung der reichsdeutschen Koksbedeutung zugunsten eines ausländischen Unternehmens noch als eine „Förderung deutscher Interessen“ auszugeben. Darum sei daran erinnert, daß von eben derselben Alpine Montanengesellschaft, deren Aktienmajorität der Stinnes-Konzern besitzt, kürzlich an die deutschösterreichische Regierung der Antrag gestellt worden ist, den Eiseneinfuhrzoll bedeutend zu erhöhen! Dieser Antrag richtet sich naturgemäß direkt gegen die reichsdeutsche Eisen- und Stahlindustrie.

Wir erwarten von der Reichsregierung alsbald eine klare und erschöpfende Beantwortung unserer Fragen. Das Reichskohlenkommissariat ist dem Reichswirtschaftsministerium angegliedert. Ihm obliegt die Pflicht, der Öffentlichkeit nun reinen Wein einzuschütten über die Verwendung deutscher Koks durch den Stinnes-Konzern auf Kosten der inländischen Verbraucher.

Eine neue Waggon-Lieferungsgesellschaft. Die Akt.-Ges. Düsseldorf Eisenbahnbau, die Dessauer Waggonfabrik, Fuchs in Heidelberg, die Siegener Eisenbahnbau, die Waggonfabrik Herdingen und die Waggonfabrik Wilhelm Emil Wegemann u. Co. in Kassel gründeten unter der Firma Eisenbahnwagen-Lieferungsgesellschaft mit dem Sitz in Düsseldorf eine Interessengemeinschaft, welche einen gemeinsamen Verkauf der Fabrikate und den gemeinsamen Einkauf von Rohstoffen vorsieht.

Vorgänge in dem Heimkehrerlager Wünsdorf hatten in einer längeren Verhandlung des außerordentlichen Gerichts beim Landgericht II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Stefzner ein Nachspiel. Die umfangreiche Beweisaufnahme ergab, daß es sich um einen verhältnismäßig recht harmlosen Vorfall handelte, der seinen Grund in der Unzufriedenheit der Lagerinsassen über das allzu scharfe Vorgehen des Lagerdirektors, eines früheren Leutnants, hatte. Die Brüder Wilhelm, Eduard und Friedrich Supprich hatten sich gemeldet, Arbeit anzunehmen, und sollten deshalb das Lager verlassen. Als sie gewaltsam entfernt werden sollten, kam es zu einem größeren Aufruhr, bei dem auch andere Lagerinsassen gegen den „Direktor“ Partei nahmen. Wie sich in der Verhandlung ergab, sind die Angeklagten, nachdem sie schon jahrelang als Kolonisten in Rußland gelebt hatten, als deutsche Staatsangehörige sechs Jahre lang in Sibirien interniert gewesen. Die ganze Angelegenheit, die f. Z. großes Aufsehen erregt hatte, schrumpfte vor Gericht zu einer Verurteilung von 3 Angeklagten wegen Hausfriedensbruchs und Widerstands zu 2 Monaten, 6 Wochen und 3 Wochen Gefängnis zusammen. Die übrigen wurden freigesprochen.

Welche Ehre! Beamte des Reichspostministeriums waren „angeregt“ worden, zur Befestigung der früheren Kaiserin einen Kranz zu stiften. Ein Rundschreiben des Geheimen Postrats Preuß, das zur Beitragsleistung aufforderte, wurde im „Vorwärts“ (Nr. 178) festgenagelt. Derselbe Preuß hat nunmehr durch Rundschreiben folgende Dankfagung bekanntgegeben, die für die Spender vom „Prinzen“ Citel Friedrich eingegangen ist:

„Seine Majestät der Kaiser und Königin hat mich beauftragt, Ihnen für die aus Anlaß des Heimgangs Ihrer Majestät der Hochseligen Kaiserin und Königin, meiner geliebten Mutter, dargebrachten Blumenpende den wärmsten Dank auszusprechen.“

Citel Friedrich, Prinz von Preußen.“ Wir vermuten, daß die sich geehrt fühlenden Spender das Schreiben unter Glas und Rahmen im Reichspostministerium an hervorragender Stelle aufhängen werden. Das würde ganz zu der gerade bei der Post in Hausinschriften und Stempeln immer noch oft bemerkten Konsernierung der „Kaiserlichkeit“ passen, wovon Proben uns in letzter Zeit wieder mehrfach aus unserm Leserkreis mitgeteilt worden sind. Für die kaisertreuen Geldspender des Reichspostministeriums sind Photographien des Kranzes, ein Stück für jedes Abteilungsbureau, angefertigt worden. Außerdem hat man in den Bureau ein Bericht über die Befestigungsfeier in Umlauf gesetzt und zu diesem Zweck 34 Stück einer Zeitung angekauft. Auch Photographie und Zeitungsbericht werden gewiß ihren Ehrenplatz in den Bureau erhalten.

Der Heizungslostenwortschuh der Mieter für das Vierteljahr April/Juni nach dem zugrunde zu legenden mittleren Kokspreis ist vom Magistrat jetzt auf 29 Mark je Zentner festgelegt worden.

Sprachschule für Proletariat. Auf Wunsch zahlreicher Genossen beginnen am 1. Juni neue Abendkurse in Englisch und Französisch für Genossen und Genossinnen ohne Vorkenntnisse. Anmeldungen am Donnerst. den 26. Mai, Sonnabend, den 28. Mai, und Mittw. den 1. Juni, von 5-8 Uhr abends in der Gemeindefabrik (Spitzstraße 23a (Nähe Rosenfelder Straße)).

Der Reichsbund deutscher Technik. Ortsgruppe Charlottenburg. Siemendast, voranstellend interessante Vorträge. Aus dem Vortragsreichtum der Technik. Karten sind im Vorverkauf unter anderem auch an der Logenloge im Lantehinpalast und im Utopahaus am Zoo zu haben. Die Geschäftsstelle des Bundes befindet sich in Charlottenburg 5, Spandauer Str. 17.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 25. Mai:

- 26. Mt. 7 Uhr. Alle Mitglieder müssen die Elternversammlung Brenzlauer Allee 227/228, besuchen.
- 27. Mt. 7 1/2 Uhr. Jahlabend in den bekannten Lokalen.
- 28. Mt. 7 1/2 Uhr. Jahlabend in folgenden Lokalen: Bezirks 1 und 2 bei Busch, Schneidmeyer Str. 40, Bezirks 3, 4, 6, 9 und 15 bei Jürl, Seelower Str. 18, Bezirks 5 und 7 bei Reihner, Schneidmeyer Str. 84, Bezirks 8, 10, 11 und 12 bei Goldschmidt, Stolpische Str. 26, Bezirks 13 und 14 bei Jahn, Finlandsche Straße, Ecke Kormweger Straße.
- 29. Mt. 7 1/2 Uhr. Jahlabend in den bekannten Lokalen.
- 30. Mt. 7 1/2 Uhr. Jahlabend bei Remondowit, Geestr. 104, Brunnenwall, Ramezener Str. 16, Taube, Müllerstr. 62a.
- 31. Mt. 7 1/2 Uhr. Jahlabend bei Jahlbrandt, Münchener Straße 23. Thema: „Stellungnahme zum Reichsleiterkongress“.
- 32. Mt. 7 1/2 Uhr. Jahlabend bei Brandenburg, Berliner Str. 30/32, Mitgliederversammlung. Thema: „Die politische Lage in Preußen und Deutschland“. Ref. Gen. Jakob Altmeyer, Vorstandsvorsitzender und Genossenschaftsmitglied.
- 33. Mt. 7 1/2 Uhr. Jahlabend bei Jahlbrandt, Münchener Straße 23. Thema: „Stellungnahme zum Reichsleiterkongress“.

Morgen, Donnerstag, den 26. Mai:

- Reis 1 Mitt. Alle Genossen, welche gemitt sind, dem neugegründeten Genossenschafts Berlin-Mitte beizutreten, werden gebeten, in der morgen stattfindenden ersten Lebensrunde um 7 1/2 Uhr, im Restaurant Bürgerheim, Alte Schönhauser Str. 23/24, zu erscheinen.
- Reis 2 Mitt. 7 Uhr bei Reihner, Pankestr. 60, Versammlung der SPD-Elternbeiräte. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Elternbeiräte dringend notwendig. Alle sozialistischen Lehrer sind hierzu eingeladen.
- Reis 3 Charlottenburg. Mt. 5. 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung bei Jacob, Harnackstr. 38, Ecke Seifenweimer Straße. Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.
- Reis 4 17. Jahlabend. Sitzung der Elternbeiräte im Gefangenen des Gefängnisses Anzelm, Rathausstraße, 7 1/2 Uhr. Thema: „Das soziale Problem in der Erziehung“. Ref. Gen. Lehrer Aniel. Bericht über die Zusammenfassung der Elternbeiräte. Verschiedenes.
- Reis 5 17. Jahlabend. 7 1/2 Uhr. Elternversammlung in der 27. und 24. Gemeindefabrik, Hühnerstr. 40. Thema: „Die Deutschen Schulreformpläne“. Ref. Substantial Marquardt. Alle Eltern müssen erscheinen.
- Reis 6 7 1/2 Uhr bei Seidel, Wilmersdorfer Str. 137, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebskomiteemitglieder.
- Reis 7 Mt. 7 1/2 Uhr. Öffentliche Elternversammlung. Thema: „Die Pläne des Oberbauschulrats Gen. Paulsen“. Ref. Gen. Lehrer Franke und Lehrer Wolf Koch. Es ist Pflicht sämtlicher Genossen, diese Versammlung zu besuchen. Lehrer herzlich willkommen.
- Reis 8 Mt. Charlottenburg. 7 Uhr bei Remondowit, Geestr. 104, Mitgliederversammlung. Thema: „Amerika und Deutschland“. Ref. Genosse Conrad Esmann.

- 32. Mt. Wilmersburg. 8 Uhr. Mitgliederversammlung bei King, Dorfstraße. Thema: „Die politische Lage“. Ref. Gen. Jendel.
- 33. Mt. Wilmersburg. 7 1/2 Uhr. Öffentliche Versammlung im Lokal Bellevue am Bahnhof, Thema: „Der von Berlin“. Ref. Gen. Dr. Strommelt-Bentwig.
- Jahlabend. Thema: „Angestellte der Vermögensverwaltung“. 7 Uhr. Große öffentliche Versammlung im „Alten Kaffeehaus“, Anhalterstr. 11. Tagesordnung: 1. Unter welchen Bedingungen ist ein Aufstieg unseres Volks möglich? Ref. Gen. Pflüger Wenzel. 2. Freie Aussprache. 3. Verschiedenes. Der SPD-Verbandsrat bei den Vermögensverwaltungen.
- Jahresabschluss. Gruppe Schöneberg-Friedenau. 7 1/2 Uhr bei Diefel, Wilmersburgstr. 14. Thema: „Land- und Wälder“. Ref. Gen. Koenigshaus.

## Frauenversammlung am Donnerstag, den 26. Mai:

- 32. Mt. Wilmersburg. 7 1/2 Uhr bei Hoberland, Wilmersstr. 38. Thema: „Was ist Sozialismus“. Ref. Genossin Lodenbogen.

# Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für den Monat Juni noch nicht vorgenommen haben, müssen sofort das Versäumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

## Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

## Jugendveranstaltungen.

- Berlin Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: RB. 46, In den Josten 23. Mittwoch, den 25. Mai:
- Charlottenburg. Schule Berliner Str. 19, Lesabend: „Im Kolben“. — Charlottenburg. Koenigstr. 4, Mädchenabend: „Schönheitswettbewerb“. — Schulstr. 10, Lesabend: „Sport und Arbeiterjugend“. — Kaulsdorf, Schule Wilmersburger Str. 2, Vortrag: „Was ist Rom und sein Untergang“. — Kaulsdorf, Schule Wilmersburger Str. 2, Vortrag: „Heidnische Sitten und Gebräuche“. — Wilmersburg, Schulstraße Königstraße, Vortrag: „Heinrich Heine“. — Norden, Schule Butower Str., Vortrag: „Materielle Entwicklungslehre“. — Prenzlauer Berg, Schule Senefelderstr. 6, Bericht von der Generalkonferenz. — Schöneberg, Zentraljugendheim Lindenstr. 3, Vortrag: „Proletarische Kunst“. — Wedding, Schule Müller-, Ecke Teichstraße, Diskussion: „Arbeiter-Jugend“.

## Aus aller Welt.

Albanisch-griechisches Intermezzo. Aus Urano (Albanien) wird berichtet: Die griechische Bevölkerung der kleinen Stadt Chimara habe sich für Griechenland erklärt und die albanische Besatzung verjagt. Die albanische Regierung hat daraufhin einige tausend Mann mit Maschinengewehren und Geschützen nach Chimara geschickt und Uebergabe innerhalb 36 Stunden gefordert. Die Uebergabe ist auch in der gefetzten Frist, und zwar am 22. Mai, erfolgt. Dem Vernehmen nach hat nun aber Griechenland gegen die seinen angeblichen Schutzbefohlenen zugesagte Unbill protestiert.

Die Unruhen in Alexandria sind angeblich unterdrückt. Es brachen zahlreiche Feuersbrünste in der Stadt aus, die jedoch gelöscht bzw. eingedämmt werden konnten. Die Schiebereien aus einigen Häusern dauern noch an. Der Truppenbefehlshaber gab bekannt, daß Häuser, aus denen geschossen werde, mit Maschinengewehrfeuer belegt werden würden. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

## Sport.

Rennen zu Ruhleben. Trotz des schönen Wetters macht sich jetzt eine Ermattung bemerkbar, die in dem schwachen Besuch der Bahn zum Ausdruck kam. Die Rennen zeitigten interessante Ergebnisse: 1. Harna-Preis. 10 000 M., 2400 Meter. 1. Dindenburg II (Sinoraph), 2. Kaniendein I (Vidalefeld), 3. Wilhelmina (Hilb. Freundt). Tot.: 19: 10, Pl. 23, 25, 23: 10. Ferner liefen: Wih Gregor (G. Treubner), Marien H. (G. Lautenberg), Gladiator I (F. Schlauer). — 2. Kitor-Spinn-Preis. 12 000 M., 2300 Meter. 1. Dohffeld (F. Bah), 2. Volkslied (G. Lautenberg), 3. Picque (G. Reutenfeld). Tot.: 26: 10, Pl. 18, 12: 10. Ferner liefen: Jungfrau (H. Schillingman). — 3. Kuri-Preis. 18 000 M., 2400 Meter. 1. Reil (G. Treubner), 2. Frieda Vingen (Remann), 3. Kronprinz I (Ringlitz). Tot.: 17: 10, Pl. 14, 14, 39: 10. Ferner liefen: Handfest (Häcker), Friedensmarie (Grube), Namette I galoppierte als dritte durchs Ziel. — 4. Viten-Preis. 18 000 M., 2400 Meter. 1. Wil (Rege), 2. Naria (Steger), 3. Jäger I (Weidmüller). Tot.: 81: 10, Pl. 22, 19: 10. Ferner liefen: Jodel (H. Schlenker). — 5. Reune-Preis. 15 000 M., 2400 Meter. 1. Jupiter III (G. Reutenfeld), 2. Gebelkaiser (Triphan), 3. Bombay (Speer). Tot.: 39: 10, Pl. 16, 28, 40: 10. Ferner liefen: Ebler (H. Riß), 6. Heus-Medium-Preis. 20 000 M., 2500 Meter. 1. Krader (S. Osterhoff), 2. Vined Vingen (Grohmann), 3. Vell (H. Freundt). Tot.: 38: 10, Pl. 11, 11, 11: 10. Ferner liefen: Mantel (H. Riß), 7. Hbbell-Taggington-Preis. 20 000 M., 2500 Meter. 1. Altemühlen (G. Reutenfeld), 2. Erdbrunn (H. Weß), 3. Ankertrud (W. Lemmer). Tot.: 81: 10, Pl. 14, 13, 23: 10. Ferner liefen: Quackell (Stopp), Waldros (H. Riß), Monarchist (Ringlitz). Monarchist als zweiter disqualifiziert, 80 Proz. der Wagnetten zurück. — 8. Kicinus-Preis. 12 000 M., 2400 Meter. 1. Jäger (Reiman), 2. Perry (G. Wagner), 3. Handflüg (Baumgart). Tot.: 68: 20, Pl. 14, 24, 50: 10. Ferner liefen: Deborah (Brmer), Quackell I (Barmetwig), Jaut II (Kobes).

## Briefkasten der Redaktion.

Schriftliche Auskunft wird nicht erteilt. 2. 2. 20. Da müssen Sie einen Weg zu Rate gehen.

## Machen Sie es ebenso!

(Nachdruck verboten.)

Die Augen sind zum Sehen da, nicht aber, um Aerger und Verdruß zu bereiten, wie dies durch Augengläser meist geschieht. Jeder, der sich im Genuß der Ruhntegarantie befindet, hat Behagen und Zufriedenheit von seinen Augengläsern zu verlangen, nur muß er sich die kleine Mühe machen, uns rechtzeitig zu besuchen, was zu unserem Bedauern noch lange nicht häufig genug geschieht, wie folgender Vorfall zeigt:

Vor einigen Tagen besuchte uns ein Herr und erzählte etwa folgendes: „Vor mehr als drei Jahren kaufte ich in einem Ihrer Geschäfte in Berlin einen Kneifer. Der Verkäufer gab sich die größte Mühe, und ich war zufrieden, ganz besonders mit den guten Punktort-Gläsern. Nach einiger Zeit aber wollte der Kneifer nicht mehr gut

sitzen; ich bog daran herum, aber es wurde nicht besser. Nachdem ich mich zwei Jahre daran geärgert hatte, konnte ich auch nicht mehr gut damit sehen. Nun ging ich in Ihr Hauptgeschäft am Spittelmarkt und forderte wütend einen neuen Kneifer auf Grund der Garantie.“

Der Geschäftsführer entwarfnete mich sofort, indem er sagte: „Selbstverständlich erhalten Sie einen neuen Kneifer.“ Nachdem er mir diesen ohne Nachzahlung ausgehändigt hatte, bat er mich, ihn doch alle Monate einmal zu besuchen, um mir meinen Kneifer richten zu lassen. Selbst sollte ich nicht mehr daran biegen. Nun, ich bin etwas nervös und spiele oft mit meinem Kneifer, ohne es zu bemerken; deshalb habe ich den Rat befolgt und bin seit etwa einem halben Jahre alle drei bis vier Wochen bei Ihnen gewesen. Seitdem weiß ich erst, was die Ruhntegarantie wert ist; denn ich bin jetzt wirklich ganz zufrieden mit meinen Augengläsern. Aber nun ist meine Garantiezeit erloschen; also bitte, richten Sie mir meine Gläser, ich will es gern bezahlen.“

Wir richteten den Kneifer aber ohne Bezahlung. Der Herr sagte darauf: „Das habe ich nicht anders erwartet; aber Sie haben es dennoch nicht umsonst getan; denn ich habe Optiker Ruhnte überall warm empfohlen, wo von Augengläsern die Rede war.“

Wir richten an jeden Augenglästräger, auch wenn er noch nicht im Besitz der Ruhntegarantie ist, die Bitte: „Machen Sie es ebenso!“

Wir wollen gern kostenlos Ihre Kneifer und Brillen in gutem Zustand erhalten, indem wir sie fachkundig richten zu korrektem Sitz, lockere Schrauben und Gläser befestigen, Stege und Fassungen säubern und ähnliches. Sie sollen ebenfalls unnötige Kosten und Aerger ersparen. Sie werden sich dafür gern unser freundlich erinnern, wenn Sie neuer Augengläser benötigen. Dürfen wir bald Ihre Bekanntheit machen? Unsere modern und behaglich eingerichteten Spezialgeschäfte sind immer bequem zu erreichen. Aus nachfolgenden Adressen werden Sie

ersehen, daß eines dieser Geschäfte auf Ihrem Wege liegt. Optiker Ruhnte, Schöneberg, Hauptstr. 21, Ecke Altagenstr. Friederichs, Rheinstr. 18, Ecke Kirchstraße; Neukölln, Bergstr. 4, Ecke Zietzenstraße; Spandau, Breite Str. 18, nahe Markt; SO, Dranienstraße 44, zwischen Moritz- und Dranienplatz; S, Rottbuscher Damm 10, nahe Jandorf; O, Frankfurter Allee 14, nahe Diefel; C, Spittelmarkt, Ecke Wallstraße; Alexanderplatz, nahe Ufvinger; SW, Belle-Alliance Straße 4, nahe Jandorf; W, Friedrichstraße 193a, Ecke Leipziger Straße; Lützow, Straße 113, Ecke Mauerstraße; Lützow, 1, Ecke Potsdamer Straße; NW, Friedrichstraße 150, Ecke Dorotheenstr.; N, Chaussee Straße 72, nahe Müllerstraße; Schönhausen, Allee 81, am Bahnhof Nordring; Friedrichstraße 106, Ecke Ziegelstraße; Invalidenstraße 164, Ecke Brunnenstraße; Invalidenstraße 117, am Stettiner Bahnhof; Charlottenburg, Tauentzienstr. 15, Ecke Marburger Straße; Joachimsthaler Str. 2, nahe Bahnhof Zoo; Wilmersdorf, Berliner Straße 132/133, nahe Umlandstraße.





# Regierung und Sozialdemokratie.

Ueber dieses zeitgemäße Thema sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Hermann Müller-Franken am Dienstagabend in einer öffentlichen Versammlung in Tempelhof, welche die Aula des Realgymnasiums bis auf den letzten Platz füllte. Aufmerksam folgte die zahlreiche Hörerschaft den klaren Darlegungen des Vortragenden, aus denen deutlich erhellt, daß der Eintritt unserer Genossen in die Regierung ein Gebot der Stunde war, um im letzten Augenblick noch die schwersten Gefahren und unabsehbare Elend vom deutschen Volke abzuwenden.

Der Redner führte im wesentlichen folgendes aus:  
Seit dem 10. Mai ist die Sozialdemokratie wieder Regierungspartei. Sie glaubte, sich in schwerster Stunde dem Land und Volk nicht versagen zu dürfen. Die Verantwortung hat unsere Partei nie geschaut. Als sie im Juni die Regierung verließ, war das die Folge des Wahlausfalles. Unter allen Umständen in der Regierung zu sein, ist auch für die größte Partei nicht Pflicht. In der Koalition muß es der Sozialdemokratie möglich sein, lebenswichtige Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. In das Kabinett drängt sich heute niemand. Auch den Parteien geht es außerhalb der Regierung in kritischer Stellung besser.

## Das Wort von der Futterrippe

wird von den abgehalftierten Potsdamer Trauergästen in Umlauf gesetzt, die schon glauben, daß Rahr als Erzieher für Preußen und das Reich Schule machte. Die Herrschaften können versichert sein, daß in Konsequenz der Umbildung der Reichsregierung unsere Partei auch in die preussische Regierung eintritt, um das demokratische System weiter zu festigen. Das System der acht Parteien zwingt uns in Deutschland, gelegentlich auch mit Bürgerlichen zusammen die Regierung zu bilden. Eine rein sozialistische Regierung, das von uns stets erstrebte Ziel, ist zurzeit nicht möglich. Die Kommunisten scheiden als antiparlamentarische Partei aus. Durch Bewegungen, wie den auf Befehl Rostows nach Ludendorfs Methoden inszenierten besonnenen Aufstand in Mitteldeutschland, wird die Kraft der Arbeiterklasse gelähmt und erhält die Reaktion nur Wasser auf die Mühle.

## Eine rein sozialistische Regierung

wäre im Parlament auf die Hilfe mindestens einer bürgerlichen Partei angewiesen, deren Befehle sie würde, und die ihr jedes soziale Gesetz ablehnen könnte. Eine rein sozialistische Regierung würde als alleiniger Gerichtsvollzieher der Entente der Reaktion bequemen Agitationsstoff liefern. Der Vorschlag der U.S.P. auf Bildung einer rein sozialistischen Regierung war nur ein mostiertes Stückchen vor der Verantwortung. Wegen ihrer Abstinenzpolitik im Juni ging bei der preussischen Landtagswahl bereits ein Strafgericht über die U.S.P. Sie verlor in Preußen eine Million Stimmen. Wenn durch eine falsche Politik der U.S.P. die jegliche pazifistische und republikanische Regierung im Reichstag gestürzt werden sollte, wäre die neue Krise da. Schon wurde der Ruf nach Auflösung des Reichstags laut. Aus parteipolitischen Gründen darf die Auflösung nicht propagiert werden. Im Ausland erwartet man, daß die jegliche Regierung an die Erfüllung der Verpflichtungen des Ultimatums geht. Auflösung könnte darin Verzögerung mit sich bringen. In Frankreich steht immer noch der bloc national auf dem Sprung nach dem Ruhrgebiet. Für eine Auflösung muß ein aktueller Anlaß sein. Allerdings ein durch die Rechts- und Linksparteien herbeigeführter Sturz der Regierung könnte unter Umständen den Anlaß zur Auflösung geben.

Die Regierung hat schwerste, auf Jahrzehnte wirkende Aufgaben vorzubereiten. Sie muß diese Aufgaben anders anpacken als die abgegangene

## Regierung der „Fachminister“

der Stimmes nach London Abwesenheit von Ideen, mangelnde Zusammenarbeit und feinerlei Führung vorwarf. Mit dem türkischen System des Abwartens und Zurückziehens geht es nicht. Berlin ist kein Borsort von Angora. Die Partei der „Fachminister“ hat am 10. Mai „Rein“ gesagt, und deshalb beschloß unsere Partei unter dem Druck der militärischen Drohungen wieder in die Regierung zu gehen. Die Forderungen, die an Deutschland gestellt werden, sind ungeheuer. Wie groß die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in 5 oder 10 Jahren sein wird, kann niemand beurteilen, aber es galt damals die Kraftquelle der deutschen Industrie, das Ruhrgebiet, vor militärischer Besetzung und wirtschaftlicher Ausbeutung zu schützen, von Millionen Arbeitern Arbeitslosigkeit fernzuhalten.

Endlich dachte die Partei damals an Oberschlesien, wo die deutschen Gewerkschaftler wegen der Lässigkeit für Deutschland in der Abstimmungskampagne jetzt so schwer leiden. Die Bildung einer Regierung des Widerstandes gegen die Entente hätte auf die Entscheidung in der ober-schlesischen Grenzfrage ungünstig gewirkt.

## Cloyd Georges Reden

wären dann sicher in arderer Fassung gehalten worden. Cloyd George hat die polnischen Friedensstörer und Rechtsbrecher daran erinnert, daß Polen ein Kind des Vertrages sei. Die Polen haben bekanntlich bis zuletzt auf Seiten der Mittelmächte Ententesoldaten totgeschossen. Die polnischen Rekruten aus Polen galten unter Wilhelm II. als die zuverlässigsten deutschen Soldaten und wurden mit Vorliebe nach Berlin und Hamburg eingezogen zum Schutze gegen die Sozialdemokraten. Am Kaisertrone waren die Polen Desterreichs. Im Jahre 1915 erschien Dajnycki mit Offizieren der polnischen Legion beim Vorstand der deutschen Sozialdemokratischen Partei und beschwor die Partei, doch die Durchhaltepolitik bis zur Befreiung Polens fortzusetzen. Damals standen die Russen nahe Krakau und

## die Polen fürchteten, die Deutschen könnten schlapp werden.

Dajnycki machte damals selbstverständlich weder Anspruch auf Polen und Thron, noch gar auf Oberschlesien. Oberschlesien muß kraft der Abstimmung deutsch bleiben. Unser Recht muß uns werden. Wir appellieren nicht an die Gewalt; die Freikorps müssen aufgelöst werden. Cloyd George hat erklärt, daß die Entwaffnungsfrage eine fundamentale Frage sei, um sie kommt keine Regierung herum. Die Belastung der Deutschen wird in Zukunft ungeheuer schwer sein. Die Garantiekommision wird die deutsche Souveränität beschränken. Ohne Eingreifen in die Substanz sind die Lasten nicht zu tragen. Auch die indirekten Steuern auf Massengenußmittel, wie Tabak, Kaffee, Tee, Alkohol müssen erhöht werden. Es ist eine Tatsache, daß Engländer und Amerikaner nicht verstehen, wie in Deutschland heute noch Unsummen für Alkohol ausgegeben werden. Die Amerikaner sind bekanntlich Zwangsabkäufer.

Wegen der großen Aufgaben wird immer wieder aus bürgerlichen Kreisen der Wunsch nach Verbreiterung der Regierung laut.

## Die Deutsche Volkspartei

soil einbezogen werden. Wir haben das früher abgelehnt, nicht weil die Partei diesen Namen hat oder weil sie das natürliche Kind der Nationalliberalen ist, sondern weil wir kein gemeinsames Programm für möglich halten und nicht die gleiche Sprache sprechen. Würde das Experiment versucht, so würde das keine vier Wochen gut gehen, ausgenommen die Partei hätte Lust zum Selbstmord. Herr Becker-Hessen reist im Lande herum und redet von dem „verblödeten Pazifismus des Hermann Müller“, und da soll man zur Deutschen Volkspartei Vertrauen haben? Im Dezember 1920 hat Herr Stresemann auf dem Nürnberger Parteitag der Deutschen Volkspartei uns vorgeworfen, daß wir mit internationalen Phrasen arbeiten und daß wir die deutsche Würde mit Füßen treten; er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Volk die Hohenzollern wieder auf den Thron zurückführen würde und pries Herrn Rahr, den Verteidiger der hohenzollerischen Kapitalstieher. Herr Stresemann hat ferner damals Herrn Stinnes für sein Auftreten in Spa den Dank über die Partei ausgesprochen und erklärt, daß Deutschland am Dogma des Achtstundentags zugrunde gehen dürfe. Wer will mit dieser Partei zusammen Deutschland retten? Die Rückkehr der Hohenzollern würde im Ausland als Vorbereitung des Revanchekrieges aufgefaßt werden und hätte dann Besetzung des Ruhrgebiets und Blockade zur Folge. Wir können nur mit Parteien arbeiten, die vorbehaltlos die Republik als Tatsache anerkennen. Dazu müssen sich Handel, Industrie und Schiffahrt, genau wie nach 1871 in Frankreich, schon bequemen. Deutschland kann politisch und wirtschaftlich in Zukunft nur als Republik leben. Die Sozialdemokratie arbeitet mit jedem zusammen, der ehrlich für die Republik ist, aber nur mit solchen. Darauf allein beruht das Vertrauen, das sie im In- und Auslande hat und sich zu erhalten wissen wird.

Der Vortrag wurde von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen.

In der folgenden Aussprache nahm nur ein Kommunist das Wort, der vom Gen. Müller gründlich abgefertigt wurde.

Mit der Aufforderung zur regen Tätigkeit für die sozialdemokratische Partei schloß der Vorsitzende Genosse Bänsch die imposante Versammlung.

# Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht

## (Schluß aus der Abendausgabe.)

Der Zeuge Mac Baren will von einem Gefreiten in Gegenwart des Angeklagten geschlagen worden sein. Der Zeuge Thomas Baker hat nach dem Aufstehen aus dem Bett von dem deutschen Wache einen Schlag ins Gesicht erhalten, so daß er hinfiel; darauf habe ihn der Angeklagte noch ins Gesicht geschlagen. Beschwert hat er sich nicht, weil er vom Schreck ergriffen worden sei. Der Zeuge will gesehen haben, daß der Angeklagte nach einem Engländer

## mit einem Kieselstein warf.

Nem Zeugen wird vorgehalten, daß seine Aussagen teilweise im Widerspruch stehen zu dem, was er seinerzeit vor dem Kriegsgericht Münster ausgesagt hat. Der Zeuge bleibt dabei, daß er vom Angeklagten Kolbenschläge erhalten habe.

Es folgt die Vernehmung des ersten deutschen Zeugen Erich Rademacher. Er gehörte zu der Wachmannschaft im Gefangenenlager Herne und funktionierte als Dolmetscher. Rademacher gibt an, daß er den Eindruck hatte, daß der Angeklagte von den Gefangenen absichtlich zu Tätlichkeiten gereizt worden sei, und bekundet, daß Baker ihm erklärt habe, die Strafe, die Heynen erhalten habe, sei viel zu hoch, eigentlich habe der Gefangene Jones keine Strafe verdient. Dem Zeugen wird das von ihm aufgenommene Protokoll über die Vernehmung des verstorbenen Croy vorgehalten. Der Zeuge Rademacher kann sich der Einzelheiten dieser Vernehmung nicht mehr entsinnen.

Der darauf vernommene englische Zeuge Joseph Mac Donald will bei der Ankunft in Herne sehr brutal empfangen worden sein; der Angeklagte habe ihn geschlagen, so daß er unter den Tisch gefallen sei. — Zeuge Henry John Raybould behauptet, von dem Angeklagten einen Schlag mit dem in der Scheide befindlichen Seitengewehr erhalten zu haben; er will gesehen haben, wie der Angeklagte den Jones wieder schlug. Zeuge Thomas Ford läßt sich über die Behandlung der Arbeitsunwilligen aus; einer der Zivilisten im Bergwerk habe ihn mit der Faust geschlagen. Als er sich beim Angeklagten meldete und sich ausgezogen habe, habe ihn der Angeklagte mit einem Stoß oder Gummirollen geschlagen und gesagt, das sei besser als Medizin. Als er sich bei Heynen über die Behandlung im Bergwerk beschwerte, habe ihm dieser die Hände mit einem Strick zusammengebunden. Der Zeuge hat auch gehört, wie Croy unter der Brause geschrien hat. Zeuge Gariland will gehört haben, daß der Angeklagte

## Schläge als die beste Medizin

bezeichnet habe; vom Angeklagten sei mit der Hand geschlagen worden.

Damit ist die Vernehmung der englischen Zeugen beendet. Zeuge Kaufmann Wilhelm Radenberg aus Elberfeld hat als Offiziersstellvertreter und Lagerkommandant den Angeklagten als tadelloser korrekten Soldaten und pflichtgetreuen Unteroffizier kennengelernt; er gibt zu, daß monatlich die Wachmannschaft darüber belehrt werden mußte, daß Gefangene nicht mißhandelt werden dürfen.

Der Sachverständige General a. D. von Franseki erklärt: Der Waffengebrauch sei erlaubt bei Angriff oder gefährlicher Bedrohung. Wann und wie die Waffen anzuwenden seien, müsse der Soldat selbst entscheiden.

Zeuge Rudolf Bäcker, Wirt aus Barmen, war als Gefreiter im Gefangenenlager Herne, er erzählt von der Renitenz der Engländer, die geradezu einen Aufruhr veranstaltet hätten. Daß dann Attaken auf die Engländer unternommen worden sind, will er nicht mehr wissen. Der Präsident hält ihm entgegen, daß solche Handlungen bereits festgestellt worden seien. Die Vernehmung dieses Zeugen wird ausgesetzt.

Zeuge Arbeiter Heinrich Winkes aus Herdingen am Niederrhein war Wachsoldat in Herne. Der Widerstand der arbeitsunwilligen Engländer habe gebrochen werden müssen, wobei es natürlich auch zu Kolbenschlägen gekommen sei. Der größte Teil der Widerspenstigen sei dann zur Arbeit gegangen. Der Zeuge hat gegen Heynen Anzeige erstattet, weil er nach seiner Ansicht seinen Pflichtkreis überschritt und die Kameraden drangalierte. Der Zeuge hat gesehen, daß der Angeklagte

## einen deutschen Soldaten ins Gesicht schlug.

Einem russischen Gefangenen habe der Angeklagte in der Arrestzelle durch Faustschläge und Fußtritte mißhandelt.

In der Rachmittags Sitzung wird zunächst der Lagerverwalter Heinrich Muxen aus Reviage vernommen, der ebenfalls Wachsoldat in Herne war. Er hat an dem rohen gefühllosen Vorgehen des Angeklagten gegenüber den Gefangenen Anstoß genommen. Der Angeklagte habe den Engländer Jones, der sich krank gemeldet, ins Gesicht geschlagen, so daß er hinfiel. Der Zeuge Schuhmacher Karl Kise aus Bippstadt war Wachmann in Herne. Er hat gesehen, wie der Angeklagte einen Engländer unter Anwendung eines Schimpfwortes geschlagen hat, so daß er zu Boden fiel.

Zeuge Wilhelm Haupt aus Herne hat Mißhandlungen nicht gesehen. Der Steiner Ernst Walberg aus Herne ebenfalls nicht. Zeuge Sanitätsrat Dr. Wilhelm Kraus aus Herne hat in der fraglichen Zeit die Engländer untersucht, die sich krank meldeten. Spuren von Mißhandlungen bei den Engländern, die er in Behandlung hatte, habe er nicht wahrgenommen. Den Croy habe er

## als geklemt

kennengelernt und in das Stammlager Münster geschickt. Der Zeuge hält es medizinisch für vollkommen ausgeschlossen, daß Croy erst infolge der Behandlung mit der heißen und kalten Brause geklemt worden ist.

Zeuge Maschinenmeister Wilhelm Horstmann aus Herne hat nie etwas von Mißhandlungen durch den Angeklagten gehört. Fabrikarbeiter Gerhard Schürles aus Hamborn hat gesehen, wie der Angeklagte einem Engländer, der eine Wunde am Bein hatte und von dem Angeklagten verbunden wurde, ins Gesicht schlug.

Zeuge Bergmann Paul Meister aus Schorlebed, gleichfalls Wachmann in Herne, hat beobachtet, daß der Angeklagte einen Engländer, der sich krank meldete, mißhandelte. Es sei dabei auch

## Blut aus Mund und Nase

gelaufen. Zeuge Schuhmacher Heinrich Hesse aus Bottrop erklärte, daß Croy nervös und wasserfroh gewesen sei. Zeuge Bergmann Hermann Bierlings aus Winklaken schildert den Angeklagten als scharf, schroff und brutal. Zeuge Hermann Vieh aus Barmen ist der Chef des Angeklagten. Er schildert Heynen als zuverlässigen Mann, allerdings streng, aber auch wohlwollend. Der Zeuge Wilhelm Uster wird nachträglich vereidigt. Die Zeugenvernehmung ist damit beendet.

Sachverständiger General v. Franseki hält das Vorgehen der französischen Engländer für Meuterei, für gemeinschaftlichen Ungehorsam. Der Kommandantführer mußte unbedingt in solchen Fällen scharf eingreifen und unter Umständen in die Leute hineinsteigen lassen. Heynen habe offenbar instinktiv gehandelt und den milderen Waffengebrauch für notwendig gehalten, wenn andere Mittel nicht ausreichten. Der Gebrauch des Kolbens sei allerdings erst im Jahre 1916 gestattet worden. Bei einer Anrennpung durch Gefangene habe der Vorgesetzte das Recht, die Waffe zu gebrauchen.

Der Oberreichsanwalt verliest Vorschriften, welche dem Kommandantführer nicht gestatten, selbständig durch Waffengebrauch sich Achtung zu verschaffen. Der Sachverständige hält aber trotzdem den Waffengebrauch in Fällen wie den vorliegenden für erlaubt. Nach einigen Fragen der Verteidiger und des Oberreichsanwalts an den Sachverständigen wird die Beweisaufnahme geschlossen. Um 8 1/2 Uhr abends verläßt der Präsident die Verhandlung auf morgen vormittag 10 Uhr. Es beginnen dann die Plädoyers.

## Orgesch entlarvt!

Das Geständnis eines Offiziers — Diebstahl beschlagnahmter Waffenlager — Bewaffnete Geheimverbindungen überall.

Das Thüringische Staatsministerium des Innern teilt amtlich mit: Am 20. Mai wurde in Weimar auf Antrag des Thüringischen Ministeriums des Innern der Hauptmann a. D. Wolf v. Berder, zurzeit wohnhaft in Friedrichsroda i. Thür., durch die Staatsanwaltschaft in Haft genommen.

Herr v. Berder hatte an eine im Ausland wohnende Freundin, die Baronin R., einen von der Postüberwachungsstelle geöffneten Brief gerichtet, in welchem folgende Stelle vorkam:

„Ich bleibe vorläufig hier! Ich bekam von unserer Organisation noch zwei Monate Gehalt, weil ich ein beschlagnahmtes Waffenlager wiedergeholt habe. Mit falscher Reichswehr im Auto, ein Film, der mir viel Spaß gemacht hat, meine Aufgabe in P. ist vollendet. Ich habe einige Aussicht, jetzt zur Gruppenleitung nach Bremen zu kommen.“

Der Herr Reichskommissar für die Entwaffnung in Berlin, hatte diese Briefstelle hierher mit der Bitte um Untersuchung der Angelegenheit übermittelt. In seiner Vernehmung im Ministerium des Innern hat Herr v. Berder u. a. erklärt: er sei Mitglied der Orgesch und für diese in der Provinz Hannover zirka ein halbes Jahr tätig gewesen. Von einer Waffenüberziehung sei ihm etwas bekannt, er habe dieselbe jedoch nicht selbst ausgeführt. Ein in einem Dorfe der Provinz Hannover bereits behördlich beschlagnahmtes Waffenlager sei von Offizieren a. D., die einer Selbstschützorganisation angehörten, unter Zuhilfenahme von Reichswehruniformen und mit Hilfe von Studenten, die als Reichwehrosoldaten verkleidet waren, im Laufe der Beschlagnahme wieder entführt und einer bewaffneten Geheimverbindung, seines Wissens in Hamburg zugeführt worden. Die betreffenden Offiziere hätten ihm diese Begebenheit bzw. schon ihr Vorhaben vor der Ausführung im Hotel Bristol in Hannover erzählt. Herr v. Berder hat weiter Mitteilung gemacht, die weiteste Kreise interessieren dürften. Er gab an, daß solche Waffenschiebungen geheimer Organisationen, nach seiner Kenntnis, häufig vorkommen. Die Veranlasser solcher Waffenschiebungen reisten in der Regel unter falschem Namen. Auch in dem mitgeteilten Falle hätten die betreffenden Offiziere sich falsche Namen beigelegt. Seiner Freundin gegenüber will Herr v. Berder mit seiner Teilnahme an der betreffenden Waffenschiebung lediglich renommieren haben. (!)

Berder erzählte noch beiläufig, in Hannover läge eine große Waffenereserve, die der Orgesch und den ihr verwandten Organisationen im Bedarfsfalle zur Verfügung stünde. Bei der Gründung von Lokalorganisationen der Orgesch seien die Mitglieder ausdrücklich darauf hingewiesen worden.

In seiner Vernehmung jagte er ferner aus, daß er sich mit der Absicht getragen habe, in allernächster Zeit nach Schlesien zu gehen, wo, wie ihm von befreundeten Offizieren mitgeteilt worden sei, schon mehrere tausend Offiziere der Orgesch versammelt seien.

Eine Haftbeschwerde des Herrn v. Berder wurde von der zuständigen Strafkammer des Landgerichts Weimar abgelehnt. Er wird der für seinen Wohnort zuständigen Staatsanwaltschaft in Gotha zugeführt werden.

Es wird gebeten, Mitteilungen, die zur völligen Aufklärung der anstehenden in großem Maßstabe betriebenen Waffenschiebungen beitragen können, an das Thüringische Ministerium des Innern oder an die Staatsanwaltschaft in Gotha gelangen zu lassen.

Wenn die Herren Escherich und Genossen mit Biedermannsmiene über die vollendete „Harmlosigkeit“ der Orgesch salbadern, so haben wir in dieser Aussage eines adligen Offiziers die Illustration dazu. Sie zeigt das wahre Gesicht der militärischen Verschwörerbande, die für ihre Zwecke vor keinem Verbrechen der Fälschung, der Amtsnahmung, des Betruges und Diebstahls jurisdikt, die eine illegale Macht im Staate darstellt, wie sie sich kein Staatswesen gefallen lassen kann.

Es ist jetzt der Beweis erbracht, daß die Orgesch in höchstem Maße den Strafgesetzen zuwiderläuft, daß sie auf den verfassungsmäßigen Schutz der Vereinsfreiheit nicht den mindesten Anspruch hat, daß es nicht nur Recht, sondern heiligste Pflicht der Behörden ist, diese bewaffnete Verschwörerorganisation unerschütterlich zu machen und zu verbieten.

Der Prozeß gegen den Vorsitzenden der DAVD, Brandler, beginnt am 6. Juni vor dem Sondergericht beim Landgericht I.

